

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M., im Voraus zahlbar. Postbezug 4,25 M., einschließlich 40 Pf. Postgebühren- und 72 Pf. Postbefreiungsgeldern. Auslandsabonnemente 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntag und Montag einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Woll und Zell“ und „Kinderfreund“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lohn“, „Wald in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag
19. März 1929
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampfbroschüre 40 Pfennig, Kellmerieis 3.— Reichsmarkt, „Kleine Gazette“ das altebrachte Wort 25 Pfennig (täglich und freigebrachte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Sitzungsberichte des ersten Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Ehrenzeiten Seite 40 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochentags von 8 1/2 bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57156. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 3

Amerika und der Weltgerichtshof.

Washingtons Vorbehalte in Genf genehmigt. — Sonderrechte zuerkannt.

Genf, 18. März. (Eigenbericht.)

Das Juristenkomitee des Völkerbundes, das sich im Auftrag des Völkerbundes mit einer Prüfung der von den Vereinigten Staaten für ihren Beitritt zum internationalen Gerichtshof gestellten Bedingungen beschäftigt, hat am Montag einstimmig ein von dem englischen Juristen Hurst und dem Amerikaner Root verfaßtes Protokoll angenommen.

Das Protokoll billigt den Vereinigten Staaten im großen und ganzen die Aufrechterhaltung ihrer Vorbehalte für ihre Mitwirkung am internationalen Gerichtshof zu. Es bestimmt im einzelnen, daß für die Mitwirkung der Vereinigten Staaten besondere Bedingungen gültig seien, die Vereinigten Staaten durch Delegierte gleichberechtigt mit den anderen Beteiligten des internationalen Gerichtshofes an allen Richtervahlen teilnehmen können und das Statut des Gerichtshofes bei einstimmiger Zustimmung der angeschlossenen Staaten, also auch nur mit der Zustimmung der Vereinigten Staaten, geändert werden darf. Der Artikel 5 des Protokolls bestimmt, daß ohne die Zustimmung der Vereinigten Staaten der Gerichtshof kein Rechtsgutachten in einer Frage oder in einem Streitfall, an dem die Vereinigten Staaten interessiert sind oder sich für interessiert erklären, erstatten darf. Den Vereinigten Staaten wird zu diesem Zweck vor der Beschlußfassung durch den Völkerbund jeder Antrag auf ein Rechtsgutachten mitgeteilt, und zwar so rechtzeitig, daß zwischen dem Rat und den Vereinigten Staaten ein Meinungsaustausch darüber, ob Interessen der Vereinigten Staaten in Frage kommen, stattfinden kann. Die Stimme der Vereinigten Staaten hat bei der Entscheidung, ob ein Rechtsgutachten eingeholt ist, denselben Wert wie die eines Ratmitgliedes, d. h. nach der bisherigen Völkerbundpraxis, daß ohne die Zustimmung der Vereinigten Staaten kein Rechtsgutachten eingeholt werden kann.

wenn die Vereinigten Staaten sich für interessiert erklären. Es wird in dem Protokoll weiter festgestellt, daß die Vereinigten Staaten ihre Mitwirkung in jedem einzelnen Falle ablehnen können, ohne daß ein solches Verhalten als ein unfreundlicher Akt gegenüber dem Frieden und dem guten Einvernehmen angesehen werden soll.

Das Protokoll tritt in Kraft, wenn alle Staaten, die das ursprüngliche Protokoll des internationalen Gerichtshofes vom Jahre 1920 ratifizieren und die Vereinigten Staaten es ratifiziert haben. Das Protokoll gibt den Vereinigten Staaten gegenüber dem inter-

nationalen Gerichtshof alles in allem Rechte, die selbst über die der Ratmitglieder hinausgehen.

So sehr der Beitritt der Vereinigten Staaten zum Haager Schiedsgerichtshof zu begrüßen ist, so bedenklich erscheint es, daß man diesem einen Teilnehmer Sonderrechte gewährt, die das ganze Gebäude der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit auszuhöhlen geeignet sind.

Geht den Fall, eine von nordamerikanischem Imperialismus in seinen Rechten oder sogar in seiner Unabhängigkeit bedrohte kleine mittel- oder südamerikanische Republik würde sich hilfesuchend an den Völkerbund wenden, so könnte der Rat nicht einmal ein Rechtsgutachten des Haager Gerichtshofes einfordern. Man müßte zunächst in Washington anklopfen und um Genehmigung bitten! Es steht dann der Regierung der Vereinigten Staaten frei, ihr Veto einzulegen. Das ist in der Tat eine Sonderstellung, die mit dem Gedanken der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit unvereinbar ist.

Wie immer berufen sich die Vereinigten Staaten auf die Monroe-Doktrin, um diese Extrawurst für sich braten zu lassen. Schon Wilson hatte in die Völkerbundfakung einen besonderen Artikel (21) aufnehmen lassen, der diese Sonderstellung sichern sollte. Dieser Artikel 21 lautet:

„Internationale Abreden, wie Schiedsgerichtsverträge, sowie Abmachungen über bestimmte Gebiete, wie die Monroe-Doktrin, welche die Erhaltung des Friedens sicherstellen, gelten nicht als mit einer der Vorschriften der gegenwärtigen Satzung unvereinbar.“

Washington macht es sich also sehr bequem: unter dem Vorwand, daß die Monroe-Doktrin sowieso dem Frieden diene — siehe zuletzt Nikaragua! —, entzieht man sich den sonst für alle geltenden internationalen Verpflichtungen.

Trotz dieses Artikels 21 ist Amerika nachträglich dem Völkerbund ferngeblieben. Aber auch beim Kellogg-Pakt hat es für sich das gleiche Sonderrecht in bezug auf die Monroe-Doktrin durchgesetzt. Und nun auch bei seinem Beitritt zum Haager Weltgerichtshof.

So wünschenswert dieser Beitritt der Vereinigten Staaten im Interesse der Universalität der Schiedsgerichtsbarkeit auch sein mag, es fragt sich, ob das Zugeständnis des Juristenkomitees nicht viel zu weit geht und damit nicht ein sehr gefährlicher Präzedenzfall geschaffen wird.

Suche nach der Zauberformel.

Das Vierreferat zur Reichsreform.

Von Ministerialdirektor Arnold Brocht.

Die Länderkonferenz vom 18. Januar 1927 war eine Versammlung der leitenden Minister des Reichs und sämtlicher Länder zur Lösung des Problems der Reichsreform. Alle großen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten waren vertreten. Die damalige Reichsregierung verhielt sich in der Beratung passiv. Die Rotwendigkeit grundlegender Umgestaltung des Verhältnisses von Reich zu Ländern wurde aber einstimmig anerkannt. Teilösungen wurden als ungeeignet ebenso einstimmig grundsätzlich abgelehnt. Mit diesen Richtlinien ausgestattet, wurde ein Ausschuß — der sog. Verfassungsausschuß — zur Berichterstattung eingesetzt. Der Sommer verging mit Sammlung von Material, das übrigens in der nächsten Woche Minister Severing in einem dicken, sehr inhaltsreichen Bande herausgeben wird. Im Oktober kam nach der Umgestaltung der Reichsregierung ein frischer Zug in die Arbeit: eine dreitägige Sitzung unter lebhafter Beteiligung der Reichsregierung ließ das Eis schmelzen und näherte die Ansichten derer, deren Grundanschauungen sich nicht gar zu fern standen. Es war ehrlicher Wille vorhanden, auch denen, die von anderer Grundanschauung ausgingen, im Interesse eines praktischen Fortschritts entgegenzukommen. Preußen ließ durch seinen Vertrauensmann die Reformgedanken vorwärts-treiben, Sachsen und Hamburg sekundierten, die Staatspräsidenten Remmele (Baden) und Adelung (Hessen) vermittelten klug.

Zur praktischen Weiterarbeit mußte der Kreis vertieft werden. Es wurden zwei Unterausschüsse eingesetzt, die im November die Arbeit weiter auf drei Referate verteilten: ein Referat über Zuständigkeitsfragen, eins über Finanzausgleich und eins über die Organisationsfragen. Von diesen Referaten liegt das dritte, über die Organisationsfragen, jetzt vor.

Die vier Referenten haben nicht wieder vier getrennte Bücher geschrieben, die aneinander vorbeireden, sondern sie haben ein gemeinsames Referat erstattet mit kurzen, aber — auf ihrem Arbeitsfeld — genauen Vorschlägen. Das hätte vor einem Jahre noch niemand für möglich gehalten. Unter diesem Referat stehen neben den Namen des preussischen und sächsischen Betreters einträchtiglich die Namen des — auch im Erneuerungsbund beteiligten — Hamburger demokratischen Bürgermeisters Petersen und des württembergischen Staatspräsidenten Holz, des süd-deutschen Zentrumsführers.

Der Gedanke der großen Reform marschiert.

„Große Reichsreform“ ist nur eine Reform, welche die beiden großen Regierungen für Reich und Preußen vereinigt. Man kann viele andere wichtige Reformen und Reformen auf dem Gebiet von Reich und Ländern machen. Sie verdienen nicht den Namen der Reichsreform. Zur großen Reichsreform gehört auch, daß die kleinen Länder als Staaten verschwinden und in Gebieten von brauchbaren Verwaltungsgrenzen aufgehen. Das ist selbstverständlich.

Welche Bedingungen muß Preußen stellen, ehe es den Schritt der Vereinigung mit dem Reiche tut? Wieviel müssen wir vom Süden verlangen mitzumachen? Wie muß die republikanische Entwicklung des Reichs gesichert sein oder werden? Das sind die großen politischen Schlüsselfragen, die sich unweigerlich stellen werden, wenn die politische Schlusentscheidung fällt. Gegenbedingungen süddeutscher Länder sind ebenso sicher zu erwarten: auf Erhaltung ihrer Zuständigkeiten und Vermeidung einer „Terrorisierung“ durch den Norden.

Nur keine Sorge! Alle diese Fragen werden wieder im Norden noch im Süden vergessen werden. Um sie wird die Schlusentscheidung gehen. Aber so weit sind wir noch nicht. Erst müssen wir soweit kommen, daß nichts übrig bleibt, als diese Fragen.

Dazu ist es notwendig, eine ganze Reihe technischer und verfassungsrechtlicher Fragen bis zu Ende durchzuarbeiten. Dazu ist es notwendig, für Meinungsverschiedenheiten zweiter und dritter Größe praktische Lösungen zu suchen, mit denen sich alle Teile zufrieden geben können. Der Gordische Knoten war nichts gegen die Verwirrung des Problems „Reich, Länder und Gemeinden“ in Deutschland.

Wir stehen in historischem Flickenkleid gefesselt am Baum der Erkenntnis. Wir brauchen eine Zauberformel, welche die Fesseln sprengt, die zurzeit jede ernsthafte Verwaltungsform in Deutschland verhindern. Die Zauberformel soll uns nicht sofort ein neues Kleid geben, aber sie soll die Fesseln lösen, damit wir es uns schaffen können. Die Formel darf nicht kompliziert sein: denn Zweidrittelmehrheiten sollen sie gleichzeitig aussprechen. Die Zauberformel darf erst ausgesprochen werden, wenn die politischen Voraussetzungen gegeben sind. Aber wenn es soweit ist, müssen wir sie kennen. Von allen fachtechnischen Ausdrücken befreit und in einfaches Deutsch

Abgelehntes Mißtrauensvotum.

Gegen Severing. — Mit 229 gegen 69 Stimmen bei 51 Enthaltungen.

Der Reichstag beriet gestern das Bankkreditgesetz für 1929 und den Nachtragshaushalt für 1928, und stimmte über das Mißtrauensvotum der Nationalsozialisten gegen Reichsinnenminister Severing ab.

Das Mißtrauensvotum wurde mit 229 Stimmen gegen 69 Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen bei 51 Stimmenthaltungen der Kommunisten abgelehnt.

Painlevés Strafmaßnahmen.

Mehr und besserbesoldete Militärärzte geplant.

Paris, 18. März. (Eigenbericht.)

Kriegsminister Painlevé empfing am Montag nach dem Ministerrat die drei wegen der Todesfälle in der Besatzungsarmee nach Paris beorderten Militärs: den Platzkommandanten von Trier, den Mainzer Korpskommandanten und den Oberst des in Düren liegenden Jägerbataillons. Im Anschluß hieran wurden die im Ministerrat am Montag gegen die drei Offiziere erlassenen Strafmaßnahmen bekanntgegeben: der erste wird zur Disposition gestellt, der zweite erhält einen Verweis, und der dritte wird strafversetzt. Die „große Informationspresse“ bemüht sich indessen, die Öffentlichkeit über die hervorragenden Verdienste der betreffenden Herren aufzuklären, gegen die jene Maßnahmen — nur mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung — ergriffen worden seien.

Der Kriegsminister beabsichtigt, die Zahl der Militärärzte und vor allem ihre klägliche Besoldung zu erhöhen. Jedenfalls fragt es sich, wo die nötigen Mittel hergenommen werden sollen. Die ganze Frage wird, wie man im Kriegsministerium versichert, bereits seit zehn Jahren geprüft.

Das „Vorwärts“-Verbot für Rumänien ist aufgehoben worden. Mögen diesem Zeichen von Besserung weitere und größere Beweise des Wandels folgen!

Der Kampf um die Reparationsbank.

Starke Abänderung des ersten Entwurfs.

Paris, 18. März. (Eigenbericht.)

Die Sachverständigenkommission hielt am Montag nur eine kurze Sitzung ab, die kaum mehr als eine Viertelstunde dauerte.

Die beiden Unterkommissionen, die vom Revellat und Perkins präsiert werden und die über die Sachlieferungen und die Organisation der Bank verhandeln, sind mit ihren Berichten noch nicht fertig geworden. Infolgedessen konnte auch der englische Delegierte Stamp, der als Verbindungsmann zwischen den Kommissionen für die Aufstellung des Gesamtplans sorgen soll, sein Projekt noch nicht ausarbeiten. Man wird annehmen dürfen, daß die technischen Schwierigkeiten für die endgültige Organisation der Reparationsbank sich doch als größer herausgestellt haben als man ursprünglich angenommen hatte. Wahrscheinlich wird das Projekt letzten Endes ganz anders aussehen als man zuerst gedacht hatte. Es scheint, daß die Einwürfe der Franzosen und Engländer gegen allzu große Vollmacht des Instituts auf dem Gebiete des Kredits und der allgemeinen Bankpolitik nicht ohne Wirkung auf die Durcharbeitung des Organisationsprojektes geblieben sind.

Räumungsausprache erst nach Experteneinigung.

London, 18. März. (Eigenbericht.)

Chamberlain teilte am Montag im Unterhaus in Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten der Arbeiterpartei Kenworthy mit, daß nach der Auffassung der Regierung nichts gewonnen sei, wenn die Frage der Räumung des Rheinlandes erörtert würde, solange die Arbeiten der Sachverständigenkonferenz in Paris nicht abgeschlossen seien. Auf die Frage, ob er irgendwelche Informationen darüber geben könne, wann ein abschließendes Ergebnis erreicht werden dürfte, antwortete Chamberlain mit „Nein“.

Der frühere spanische Botschafter in Berlin, Polo de Bernabé, ist in Madrid gestorben. De Bernabé, der Spanien fast einhundert Jahre lang in Berlin vertrat, war vor einigen Tagen von einem Automobil überfahren worden, er ist nunmehr den bei diesem Unfall erlittenen Verletzungen erlegen.

übertragen, wird die Formel für Preußen eines Tages lauten müssen:

„Von einem gewissen Tage an sind die preussische Regierung und die Reichsregierung eine einheitliche Regierung; die preussischen Provinzen heißen „Länder“; ihre Organisation und Zuständigkeit bleibt — bis etwas anderes bestimmt wird — genau wie bisher.“

Wer der Meinung ist, daß die preussischen Provinzen größere Selbständigkeiten haben müssen als bisher, muß seine Wünsche vertagen. Das ist ein viel zu heißes Kapitel, um die große Reichsreform damit zu belasten. Die preussische Verwaltungseinheit darf nicht rückwärts revidiert werden. Das ist unser Grundsatz. Ueber Einzelheiten läßt sich reden, über den Grundsatz nicht.

Aber das braucht die Vereinigung der preussischen Regierung mit der Reichsregierung nicht zu hindern. Es braucht auch nicht die Verwendung des Wortes „Land“ für die Provinzen zu verhindern, wenn man sich nur klar ist, was man darunter verstehen will. Ein besonderes „Reichsland“ aus der Gesamtheit der Provinzen zu bilden, ist nicht notwendig und ist gefährlich, weil Norden und Süden dadurch zu stark abgesperrt werden. Hier liegt der Unterschied zum Erneuerungsbund.

Vor dem Kriege hatten wir ein Reichspostamt für alle deutschen Staaten außer Bayern und Württemberg, die ein Postreservat hatten. Dadurch, daß ein Reichspostamt in Preußen tätig war, geriet die preussische Post doch nicht unter bayerischen Einfluß und die bayerische nicht unter preussischen; es war auch nicht notwendig, aus den Ländern mit Reichspost ein besonderes Reichsland zu machen. Ebenso kann künftig ein Reichskulturministerium die Kulturfragen in allen Ländern, außer — sagen wir — Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen, bearbeiten, ohne daß deswegen die preussischen Gebiete unter bayerischen Einfluß geraten oder umgekehrt, und ohne daß die Gesamtheit der norddeutschen Länder ein staatsrechtlich besonderes Reichsland bilden müssen. Einzelne Kulturfragen können den Einzelländern auch im Norden freigegeben werden, andere bleiben — nach der Reichsverfassung — für das ganze Reich einheitlich. Das sind Sonderfragen, die in dem Zuständigkeitsreferat noch eingehend zu behandeln sind. Wehnlich liegt es bei der Polizei und, wenn sie nicht ganz verzeihlich wird, bei der Justiz.

Unser Referat zieht die verfassungstechnischen Konsequenzen aus der genannten Formel nur für die Organisationsfrage. Wir sehen als selbstverständlich voraus, daß die kleinen Länder sämtlich mitmachen (hierfür die Zauberformel zu finden, ist Sache eines besonderen Ausschusses; die Formel wird wahrscheinlich lauten: Verhandelt einzeln, aber schleunig).

Damit ist die Bahn frei zu Vereinfachungen und Zusammenlegungen. Andere Zusammenlegungen im Norden und Süden lassen sich durch Verleihung von Aufgaben erreichen (z. B. bei der Justiz, das ist noch umstritten). Wieder andere durch Vereinigung der Aufgaben bei den Landesbehörden, sei es in selbständiger Verwaltung, in Auftragsverwaltung oder in Personalunion. Die fachtechnischen Einzelheiten brauche ich hier nicht aufzuzählen oder zu erläutern. Die Schlussentscheidung kann erst fallen, wenn auch die Referate über die Verteilung der Zuständigkeiten und den Finanzausgleich erstattet und einander angepasst sind.

Für alle Anhänger der Reichsreform aber gilt der Satz: Wir wollen die Schwierigkeiten fest ins Auge fassen. Wir wollen auf der Hut sein. Aber wir wollen die Hände nicht fesseln lassen.

„Sauhausen.“

Seldte beweist die Staatsgefinnung des Stahlhelms.

Herr Seldte hat in Stuttgart einen Stahlhelmtag abgehalten, der schon äußerlich ein Mißerfolg war. In einer Versammlung in der Wiederhalle hielt Herr Seldte seine übliche Rede, wobei er den Staat einen „Sauhausen“ nannte.

August Wilhelm, Prinz von Preußen, neben dem ältesten Sohne des Kronprinzen eine der Zierden dieser Veranstaltung, flüchtete zu dem „Sauhausen“ laut und demonstrativ Beifall.

Der Stahlhelm hat neuerdings einen Schutzbund für Stahlhelmbeamte geschaffen, eine Art Versicherung für den Fall, daß der republikanische Langmut eines Tages ein Ende hat. Herr Seldte scheint die besten Absichten zu haben, diesem „Schutzbund“ umfassende Arbeit zu verschaffen!

Reichswehrpolitik.

Propaganda für Anwendung des Artikels 48.

Stuttgart, 18. März. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische „Schwäbische Logenzeitung“ teilt mit, daß am 2. März im Kasino der Stuttgarter Reichswehrorganisation von einem Stabsoffizier des Reichswehrministeriums vor den Offizieren und Beamten des Standortes ein Vortrag über die innenpolitische Lage gehalten wurde. Ueber die Tendenz des Vortrags wird mitgeteilt:

Der Offizier beschäftigte sich mit der Rolle des Zentrums bei der Regierungskrise und der inneren Lage in der Sozialdemokratie. Diktaturpläne von Hugenberg und den Volkswirten müsse man ablehnen. Wenn aber im Hinblick auf die außenpolitische Lage eine feste Regierung nicht zustande komme, müsse mit Artikel 48 der Reichsverfassung regiert werden.

Der Stabsoffizier des Reichswehrministeriums dürfte, wenn er im Auftrag seiner Behörde handelte, seine Theorien vermutlich nicht nur in Stuttgart, sondern auch in anderen Orten zum Vortrag bringen. Uns interessiert deshalb, welche amtliche Stelle den Herrn zur Vertretung solcher Anschauungen ermächtigt hat.

Waldecker Wahlen.

Sehr schwache Beteiligung.

Krossen, 18. März.

Die gestrigen Wahlen zur Zweckverbandsversammlung in Waldeck (der Nachfolgerschaft für die waldeckische Landesvertretung) zeigten eine äußerst schwache Beteiligung. Nur etwa 40 Proz. der Wahlberechtigten haben von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Das Gesamtergebnis für Waldeck (Kreis der Twiste, Kreis des Hengenberg und Kreis der Ober) ist folgendes: Landwirte und Landgemeindevorsteher 4715, Hitler-Partei 1119, Parteilose Wirtschaftsliste 1548, Sozialdemokraten 2186, Waldecker Heimatsliste 2348 Stimmen.

Finanzskandal in Hannover.

Die Stadt als Geldgeber — sechs Privatleute als Gewinner.

Hannover, 18. März. (Eigenbericht.)

Ein ungeheurer Finanz- und Korruptions-Skandal hat sich bei der hamburgischen Immobilien-A.G. entwickelt. Die Eigentümerin von insgesamt 56 bebauten Grundstücken im Zentrum von Hannover ist. Im Jahre 1925 wollten sechs bekannte hannoversche Persönlichkeiten ein großes Aktienpaket der Immobilien-Gesellschaft für ihren privaten Konzern unter der Voraussetzung erwerben, daß die Stadtverwaltung ihnen mehrere Millionen Mark als Darlehen für diesen Zweck zur Verfügung stelle. Die betreffenden Herren waren der damalige Chef der Girozentrale, Direktor Könnike, der rechtsstehende Generaldirektor Föhne, der inzwischen verstorbene Justizrat Pape, der ehemalige Handelskammerpräsident Tgahrt, der Syndikus Dr. Finlenmirt und ein Bankier Brand.

Dieses Konjunktium verstand bei der Stadt Hannover den Anschein zu erwecken, als ob ihre Neugründung — „Deutscher Wirtschaftskonzern“ genannt — kein Privatgeschäft, sondern eine Angelegenheit der Handelskammer, der Girozentrale und anderer Körperschaften sei. Ferner sollte der Konzern eine Reihe von bedeutenden und finanzkräftigen Gesellschaften umfassen, und zwar die Niederdeutsche Wirtschafts-A.G. in Hannover, die Rheinische Wirtschafts-A.G. in Köln, die Hanseatische Wirtschafts-A.G. in Hamburg, die Pommer-Märkische Wirtschafts-A.G. in Berlin und die Mitteldeutsche Wirtschafts-A.G. in Halle. In Wirklichkeit waren die Inhaber dieser fünf Untergesellschaften immer wieder dieselben sechs Herren, die

auch den Wirtschaftskonzern bildeten. Unter dem Eindruck dieser Täuschung wurde ein Vertrag abgeschlossen, demzufolge die Stadtkasse etwa 3 1/2 Millionen Mark zum Ankauf des Aktienpakets ausshändigte. Es wurden 6 Proz. Zinsen und 10 Proz. Gewinnbeteiligung vereinbart.

Die sechs Inhaber des Konzerns — der in der Öffentlichkeit den Namen „Haisisch-Konzern“ trug — hatten nur etwa 600 Mark eigenes Kapital aufgebracht. Ihre glänzenden Geschäfte machten sie ausschließlich mit städtischen Geldern. Sie verbrauchten dann 800 000 Mark aus der Immobilien-Gesellschaft zu ihrem persönlichen Vorteil herauszunehmen und dadurch das Aktienpaket zu emittieren. Darauf verlangte die Stadtverwaltung die Einräumung des Pfandrechts und die sofortige Zurückzahlung des Kredites. Langwierige Verhandlungen endeten damit, daß die Aktienmehrheit in den Besitz der Stadt kam. Als Abfindung wurde den Herren vom Konzern ein hoher Betrag ausgezahlt. Durch die Finanzmaßnahmen des Wirtschaftskonzerns und durch die Liquidation haben die sechs „Geschäftsleute“ zusammen 18 Millionen Mark bar verdient. Über dieser Riesengewinn genügte ihnen nicht. Einige — darunter der Generaldirektor Föhne — waren dreist genug, die Stadtverwaltung auf Zahlung weiterer Geldbeiträge zu verlagern.

Der „Haisisch-Skandal“ wird auf Antrag der sozialdemokratischen Rathausfraktion demnächst in einer Sitzung der städtischen Kollegien besprochen werden.

Landesverrat.

Die Vorschläge des Reichsjustizministeriums.

Der Reichsjustizminister hat dem Strafrechtsausschuß des Reichstags folgende Vorschläge zur Neugestaltung des Landesverratsparagrafen unterbreitet:

§ 93. Wer ein Staatsgeheimnis an eine ausländische Regierung oder an jemand, der für eine ausländische Regierung tätig ist, gelangen läßt, oder ein Staatsgeheimnis öffentlich bekanntmacht, wird mit Zuchthaus bestraft. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder lebenslanges Zuchthaus.

§ 94. Wer durch Fälschung oder Verfälschung Schriften, Zeichnungen oder andere Gegenstände, die im Falle der Echtheit Staatsgeheimnisse sein würden, in der Absicht herstellt, sie an eine ausländische Regierung oder an jemand, der für eine ausländische Regierung tätig ist, gelangen zu lassen, oder sie öffentlich bekanntzumachen, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

Ebenso wird bestraft, wer falsche oder verfälschte Schriften, Zeichnungen oder andere Gegenstände, die im Falle der Echtheit Staatsgeheimnisse sein würden, an eine ausländische Regierung oder an jemand, der für eine ausländische Regierung tätig ist, gelangen läßt oder sie öffentlich bekanntmacht. Wer sich Schriften, Zeichnungen oder andere Gegenstände der im Absatz 2 bezeichneten Art in der Absicht verschafft, sie an eine ausländische Regierung oder an jemand, der für eine ausländische Regierung tätig ist, gelangen zu lassen oder sie öffentlich bekanntzumachen, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

Der Begriff des Staatsgeheimnisses wird im § 91a folgendermaßen definiert: „Staatsgeheimnisse im Sinne der Vorschriften dieses Abschnittes sind Schriften, Zeichnungen, andere Gegenstände oder Nachrichten, deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung für das Wohl des Reiches oder eines Bundes erforderlich ist.“

Bon besonderer Bedeutung ist noch die folgende Bestimmung, durch die einem gefährlichen Mißbrauch des Landesverratsparagrafen vorgebeugt werden soll:

§ 115a (Gefährdung außenpolitischer Interessen): „Wer ein Staatsgeheimnis in der Absicht veröffentlicht oder bekanntmacht, eine unmittelbar drohende erhebliche Gefahr für den verfassungsmäßigen inneren Bestand des Reiches abzuwenden, wird mit Gefängnis bestraft. Der Täter ist straflos, wenn die Gefahr tatsächlich bestand. Die Tat wird nur auf Verlangen der Reichsregierung verfolgt.“

Parteilosigkeit heimatisch ...

Eine Stimme aus den Kreisen der christlichen Gewerkschaften.

Eine Tagung von evangelischen Arbeiter- und Gewerkschaftsfreizeitern in Spandau faßte eine Entschließung, die sich mit folgenden Worten an die Rechtsparteien wendet:

„Mit Bedauern stellen wir fest, daß der gute Wille der evangelischen Arbeitnehmerschaft zur politischen Mitarbeit in den nationalen Rechtsparteien nicht den erforderlichen Widerhall gefunden hat. Unser guter Wille ist mit Unmut und Argwohn belächelt worden.“

Einschneidende Vorschläge zur völligen Umstellung unserer ganzen Sozialversicherung, die eine Gefährdung ihres bisherigen Grundgebantes bedeuten, werden von maßgebenden Parteistellen publiziert und nachdrücklich propagiert, ohne daß unseren Führern vorher Gelegenheit zur Äußerung gegeben worden ist.

Unsere Bemühungen um die Zurückgewinnung der Arbeitnehmerschaft für den christlich-nationalen Gehalt werden durch eine sich von Jahr zu Jahr verstärkende unsoziale und in Fragen christlicher Volkswirtschaft inkonsequente Haltung der politischen Rechtsparteien so gut wie aufgehoben. Die Förderung der uns auf das gefährlichste bedrohenden wirtschafts-friedlichen Arbeitnehmergruppen trägt in den Rechtsparteien und ihrer Presse immer deutlicher in den Vordergrund.

Das Gefühl parteipolitischer Heimlosigkeit erfüllt unsere Kreise in einem Ausmaße, das keine weitere Steigerung mehr erträgt.

Die Entschließung ist ein Zeichen dafür, welche Stimmungen der Hugenberg-Kurs bei dem evangelischen Teil der christlichen Gewerkschaften hervorgerufen hat.

Linksregierung fördert den Export.

Eine Ansprache des Reichstagspräsidenten.

Der Bund der Auslandsdeutschen hatte bei seinem „Parlamentarischen Abend“ im Reichstag überaus zahlreichen Besuch zu verzeichnen. Wenn auch die Unterlassung der zugesagten Freihaltung von Arbeitsplätzen für die Pressevertreter diesen die Arbeit ungemüht erschwert hat, so wollen wir doch den Erfolg der Veranstaltung nicht verschweigen. Unter den Vortragenden war auch Reichstagspräsident Löbe. Er führte unter anderem aus: 30 Millionen Deutsche leben außerhalb der

Deutschen Republik, 18 Millionen in Europa, 11 in Amerika. Wo deutsche Seelungen bestehen, ist Absatz reichsdeutscher Erzeugnisse gesichert. Indessen sind diese Gebiete wohl noch mehr Auswanderungsziele. Die Auslandsdeutschen haben überaus stark zur Förderung der deutschen Warenausfuhr beigetragen. Wenn auch der Krieg diese Positionen — bezeichnet durch 20 Milliarden Mark Anlagen und 1 Milliarde jährlichen Zinsetrags — der deutschen Wirtschaft zerstört hat, so sind sie, wieder durch Arbeit der Auslandsdeutschen, zum großen Teil zurückgewonnen. Allerdings ist inzwischen die Entwicklung der Absatzländer wie der Export anderer Staaten dahin so gestiegen, daß das frühere Verhältnis noch nicht wiederhergestellt ist. Die Reichsregierungen der Nachkriegszeit haben den Wiederaufbau des Verlorenen in jeder Weise zu fördern getrachtet, so durch Übernahme von Ausfallgarantien, Liquidationsentschädigung und Wiederaufbaukredite, die zum ersten Mal im Reichsetat für 1929 erscheinen, also — was Löbe in dieser überparteilichen Versammlung allerdings nicht besonders betonen mochte — ein Wert der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung! Mit einem Hinweis auf die kulturelle Arbeit des Auslandsdeutschtums, dessen Förderung unerlässliche Pflicht des Reiches ist, schloß Löbe unter lebhaftem Beifall.

Am die Vorträge schloß ein großes Konzert in der Kuppelhalle an, das durch Mitwirkung einer Reihe der bedeutendsten Berliner Sängerkünstler und des Siedler-Chors hohes Niveau erlangte.

Vorbereitung der Staatsberatung.

Hilferding hört Streichungsvorschläge.

Im Laufe des Montagmorgens hat der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding mit den Finanzkommissionären einzelner Fraktionen Beratung genommen, um festzustellen, in welcher Richtung sich ihre Forderungen bezüglich der im Reichshaushaltsplan vorzunehmenden Streichungen bewegen. Er hat nachher mit dem Vertreter der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums empfangen. Im Laufe des Montagabend hat über die gleiche Frage eine gemeinsame Besprechung zwischen den Vertretern des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Bayerischen Volkspartei stattgefunden.

Die Novelle zur Haushaltsordnung.

Vertagung bis zum Herbst.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt trat am Montag in die allgemeine Aussprache über die von der Reichsregierung vorgelegten Novellen zur Reichshaushaltsordnung ein, die im Zusammenhang mit dem Bericht des Rechnungsunterausschusses über die Rechnungsprüfung 1927 erledigt werden sollte. Durch die Novelle soll die geltende Reichshaushaltsordnung an 33 Stellen mehr oder minder erheblich geändert werden. Die Änderung betrifft in der Hauptsache solche Fragen, die vom Hauptausschuß oder seinem Unterausschuß bereits nach allen Richtungen durchgesprochen sind und zu einem Teil bereits in die Staatsgesetz für 1927 und 1928 eingefügt worden waren. Durch Übernahme in die Reichshaushaltsordnung sollen die betreffenden Bestimmungen zu bleibendem Recht gemacht werden.

Die allgemeine Aussprache ergab nun bald, daß der Ausschuss den Rahmen seiner Arbeit viel weiter zu stecken geneigt war, als die Regierung ihn in der Novelle abgesteckt hat. Während die Novelle die Grundlage des geltenden Budgetrechts ganz unangefastet läßt, wurde in der Debatte die Vorlage des gesamten ausländischen Materials angeregt, um, gestützt auf solches Material, prüfen zu können, ob und in welcher Weise das geltende Budgetrecht zu ändern sei.

Die Deutsche Volkspartei wünschte ihre bekannten verfassungsbekämpfenden Anträge, die dem Rechtsausschuß zur Prüfung überwiesen waren, in die Beratungen des Haushaltsausschusses einbezogen zu haben. Von anderer Seite wurde die Schaffung eines aufschiebenden Vetos für den Finanzminister angeregt. Das Zentrum kündigte die Stellung von einer größeren Zahl wichtiger Abänderungsvorschläge an.

Bei dieser Sachlage erschien es vollkommen ausgeschlossen, die Beratung der Novellen in den zur Verfügung stehenden zwei oder höchstens drei Verhandlungstagen zum Abschluß zu bringen. Der Vorsitzende regte daher an, die Beratung der Novellen abzubrechen und sie im Herbst, wenn die Staatsberatungen nicht mehr vordringlich sind, in Ruhe und Gründlichkeit wieder aufzunehmen. Bestimmungen, über die man einig sei, sollten in der Weise, wie das bereits in 1927 und 1928 geschehen ist, in das Staatsgesetz für 1929 aufgenommen werden. Der Ausschuss trat diesen Vorschlägen mit großer Mehrheit bei.

Pilschki sammelt Orden. Staatspräsident Wojcicki hat dem Kriegsminister Marschall Pilschki zum Namenstag drei goldene Verdienstkreuze verliehen, jedes mit einem anderen Datum.

Wiederbeginn des Landtags.

Zustizetat — Porzellanmanufaktur — Kommunistenfrach.

Der Beginn der Vollziehung verzögerte sich, da die Sitzung des Verfassungskomitees länger als erwartet andauerte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung lehnte das Haus die von den Kommunisten beantragte sofortige Beratung ihres Antrages auf sofortigen Abbruch der Konferenzverhandlungen, weil die große Masse des Volkes es sich nicht mehr gefallen lasse, daß so wichtige Verhandlungen geheim weitergeführt wurden, ab.

Als dann Abg. Grube (Komm.) bei Begründung eines Antrages seiner Partei wegen der Zusammenhänge in Böhmen heftige Angriffe gegen die Nationalsozialisten richtete und sie mit Ausdrücken wie „faschistische Wodbandel“ belegte, kam es zu lärmenden Kundgebungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Abgeordneten beider Parteien trafen am Rednerpult zusammen, und es drohte zu Tätlichkeiten zu kommen.

Präsident Bartels ersuchte die Abgeordneten, ihre Klage einzunehmen. Nachdem es gelungen war, die Ordnung wiederherzustellen, wurde auch die sofortige Beratung dieses Antrages abgelehnt.

Darauf beantragten eine ganze Reihe kommunistischer Abgeordneter die sofortige Beratung der verschiedensten Anträge ihrer Partei, die aber sämtlich abgelehnt wurden. Das Haus empfing die zahlreichen Kommunisten, die sich immer wieder zur Geschäftsordnung meldeten, mit großer Heiterkeit und lebhaften Zurufen. Erst fast eine Stunde nach Sitzungsbeginn konnte der Landtag in seine eigentliche Tagesordnung eintreten.

Sodann wurde die zweite Lesung des Haushalts des

Zustizministeriums

mit der Einzelbesprechung fortgesetzt.

Diese nahm ungewöhnlich lange Zeit in Anspruch, da die Kommunisten zu fast jedem Titel einen Redner vorschickten. Sie übten scharfe Kritik hauptsächlich an dem Strafpolizug und sagten der Justiz den Kampf bis aufs Messer an.

Mit der Einzelbesprechung war auch die zweite Beratung des Justizhaushalts bis auf die Abstimmungen erledigt, die am Dienstag vorgenommen werden sollen.

Das Haus begann dann noch die zweite Beratung des Haushalts der

Porzellanmanufaktur.

Abg. Siering (Soz.) erstattete den Bericht über die Beratung des Ausschusses, der sich besonders mit der Angelegenheit des entlassenen Direktors Mousang beschäftigt hatte. Diesem seien zwar Unfairheiten nachgewiesen worden, doch sei andererseits sein Verdienst um die künstlerische Entwicklung der Manufaktur anerkannt worden. Der Vorwurf persönlicher Bereicherung ist im Ausschuss als nicht berechtigt festgestellt worden.

Abg. Sabathy (Soz.) erkannte die fristlose Entlassung des Direktors Mousang als berechtigt an. Dieser habe sich auch dadurch hervorgetan, daß er die Betriebsvertretung der Arbeitnehmer habe ausschalten wollen. Als der Redner erklärte, auch die staatlichen Arbeiter wären bei den Gewerkschaften gut aufgehoben, wurde er fortgesetzt von kommunistischen Zwischenrufen unterbrochen, so daß er der Abg. Frau Budewig (Komm.), die sich an den Zwischenrufen beteiligte, gereizt zurück: „Nun halten Sie endlich Ihr Maul!“

Der Redner wurde dafür zur Ordnung gerufen.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Dienstag 12 Uhr vertagt; außerdem zweite Lesung der Konfessionsverordnungen, Neuregelung der Kirchensteuern und Abstimmungen zum Justizhaushalt.

Die Revolte gegen die Steuern.

Anklage wegen Landfriedensbruchs.

Odenburg, 18. März. (Eigenbericht.)

Die odenburgischen Bauern Garmann und Barmert wurden auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftet. Sie hatten unlängst eine Menge von Bauern zusammengeworfen, um eine Pfändung gewaltsam rückgängig zu machen. Die Verhafteten werden sich mit anderen Personen wegen Landfriedensbruchs zu verantworten haben.

Einsicht?

Sittat und Anhangwendung.

„Nicht schimpft, hat unrecht.“ Amtsüberseher im „Klassenkampf“, kommunistisches Organ für den Bezirk Marienburg-Halle, Nr. 63 vom 18. März 1929.

Anhangwendung: „Spitzpunkt moralischer Korruption einer verkommeneren Berräterclique — gelbe „Morgenpost“-Sozialisten, schmutziger Kampf — widerliches Spiel — Schandtat der Ulrich und Jiska — Schwindel.“

„Vorwärts“-Lügen — Widerliche Hebe — Berleumburger Hebe — Gemeine Berleumburger Kampagne — Schmutzfüßel — Verleumdung — Verleumdung — Schmutzfüßel des „Vorwärts“ — Lüge, Verleumdung, Gemeinheit.“

„Parteierräter — Berräterischer Reformismus — Uebles Erpressungsmandat — Rechte Renegaten — Deserteure.“

Die oben stehenden Schimpfwörter sind drei kurze Notizen der „Roten Fahne“ (Umfang jeder einzelnen Notiz etwa 20 bis 40 Druckzeilen) entnommen. Die erste Notiz richtet sich gegen die Gewerkschaften, die zweite gegen den „Vorwärts“, die dritte gegen die eigene Parteipropaganda in der R.P.D. Alle drei Notizen entstammen der gleichen „Roten Fahne“ vom 16. März 1929.

Wie sagt das halbesche Bruderblatt der „Roten Fahne“? — Wer schimpft, hat unrecht!

„Jui, wie kann man so die eigene Parteipresse diskreditieren!“

Kampf der Arbeitslosigkeit!

Die Wahsparole in England.

London, 18. März. (Eigenbericht.)

In einer in Middleton gehaltenen Rede sagte sich der Arbeiterführer Clines, der während der Arbeiterregierung MacDonald „Führer des Unterhauses“ war, mit der politischen Lage auseinander und betonte, daß die Erfolge der Arbeiterpartei die beiden gegnerischen Parteien gezwungen haben, in allen größeren sozial-, inner- und außenpolitischen Fragen einen Teil der Forderungen der Arbeiterpartei in ihr Programm aufzunehmen. Während der kommenden Wahlen würden die beiden anderen Parteien durch die Arbeiterpartei gezwungen werden, das Problem der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt des Kampfes zu stellen.

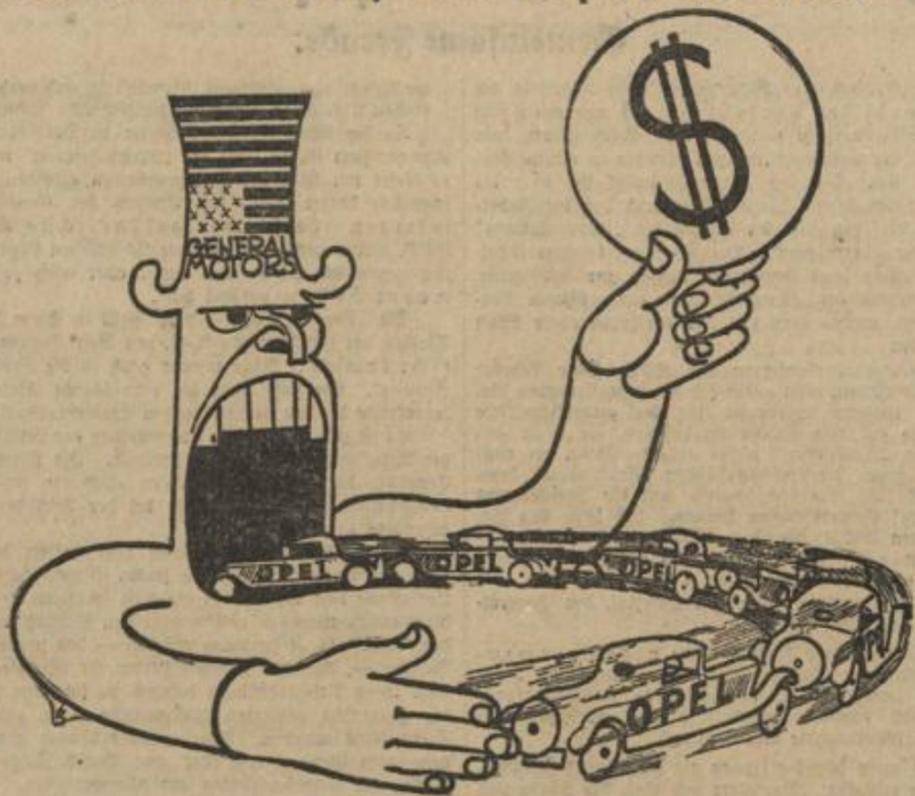
Freiheits- und Friedenskundgebung.

Toni Sender in Straßburg als Rednerin aus Deutschland.

Paris, 18. März.

Wie Havas aus Straßburg berichtet, hat dort die sozialistische Partei gestern eine internationale Kundgebung zur Erinnerung an die Opfer der Revolution von 1848 und zur Propagierung der Frauenbewegung für Bäckerverbände veranstaltet. Unter anderem sprach auch die Reichstagsabgeordnete Toni Sender.

Der Verkauf der Opel-Werke.



Der Truff hat einen guten Magen.
Er friß sogar den Opel-Wagen!

Mussolinis Parlamentarier.

Dunkle „Onorevoli“

Cocarno, Mitte März. (Eigenbericht.)

Schon 24 Tage vor dem Wahltag erfuhr die Bevölkerung Italiens schon die Namen ihrer Abgeordneten durch das „Foglio d'ordini“ (Befehlsblatt) der Faschistenpartei. Aus der Liste dieser „Onorevoli“ („Ehrenwerten“), wie die traditionelle Bezeichnung der italienischen Parlamentarier lautet, kann man ersehen, wieviel Kandidaten der Unternehmerverbände und wieviel der Arbeiterorganisationen zu Abgeordneten avancieren — die einen wie die anderen haben je 400 Kandidaten vorschlagen dürfen. Da finden wir

125 Kandidaten der Unternehmer und 89 der Arbeiterorganisationen

als Abgeordnete wieder, außerdem 83 der freien Berufe. Der vorigen Kammer gehörten 106 der neuen Abgeordneten an. 50 sind zu Senatoren ernannt worden, 30 waren als Parteiführer, Regierungspräsidenten und Konsuln im Ausland nicht mehr wählbar. „Die wenigen Ueberrückbliebenen“ — heißt es zart — „werden auf anderem Gebiet vom Regime permerkt werden.“ Sie kommen an eine andere Krippe.

Sieht man die Liste auf den Zinüberset der Deputierten hin durch, so konstatiert man zunächst die große Zahl von Funktionären der Faschistenpartei und der Syndikate. Dann fällt die starke Vertretung der Banken durch ihre Direktoren und Verwaltungsratspräsidenten auf. So hat der „Monte dei Paschi“ aus Siena einen Vertreter, die „Banca Commerciale“ deren zwei, der „Credito Italiano“ einen, weiter die Sportasse der Lombardischen Provinzen, der „Agrarkredit für Mittelitalien“. Nach den Banken kommt das Schiffahrtskapital, vertreten durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der „Navigazione Generale Italiana“, durch die Präsidenten des Triestiner Lloyd und des Lloyd Sabaude, durch den Verwaltungsrat der „Transadriatica“ und durch zwei kleinere Reedere. Einige große Elektrizitätsgesellschaften sind durch ihre Direktoren vertreten. In die italienischen Parlamente der früheren Zeit waren die Besitzer oder Leiter von Aktiengesellschaften, deren Werke vom Staat übernommen waren, nicht wählbar. Das ist nicht mehr so. Wahrscheinlich war der Anhang der Leute mit tüchtigeren CVBogen zu groß. So haben wir in der langen Liste nur einen Buchdrucker, einen Metallarbeiter, einen Trompachner, einen Landarbeiter (mit zehn Kindern) und schließlich einen Hirten aus Sardinien.

Wer etwa glaubt, daß der Faschismus eine schrittweise Reinigung, eine Abtötung der niedrigsten Individuen vollziehen werde, der hat in dieser Liste den Gegenbeweis. Nicht nur findet man den zweimal als Auftraggeber einesordes Angeklagten, wegen gemeiner Verbrechen Verurteilten Barbicini von Piacenza wieder (natürlich wurde der übrigens nach Auflösung der Kammer und Ende der Amnunität nicht in Untersuchungshaft genommen),

die Liste bereichert sich auch um einen der Mörder Mattiottis, um jenen Generalsekretär Morinelli, der den Mörder 300 000 Lire aus der Parteikasse als Spesenvergütung und Anzahlung gegeben hatte und gegen den das Hauptverfahren als Auftraggeber der Freiheitsberatung durch Amnesie eingestellt wurde.

Schließlich finden wir unter den Abgeordneten einen früheren Redakteur des „Ufino“, des gelesesten antiklerikalen Wippblattes. Der Wicht heißt Paoloni und gehörte früher der sozialistischen Partei an. Schließlich haben wir auch das, was man in Italien „Söhne von Papa“ nennt, einen Sohn von D'Annunzio und Ezio Garibaldi. Nermürdigerweise ist auch jener Rechtsanwalt Maggi wieder Deputierter, der den Mailänder Sekretär Ciampoli des Diebstahls und anderer Verbrechen beschuldigt hatte und darum aus der Faschistenpartei ausgeschlossen wurde. Augenblicklich ist er wieder da, und Ciampoli sieht. Die neue Kammer stellt eine wahre Elite dar.

Enrico Ferri im Senat.

Er hat's also geschafft! Enrico Ferri ist eingegangen durch die enge Pforte, durch die sich heute nur die hindurchzwängen können, die ihr Kückgrat abzugeben imstande sind. Nach langem Antischubieren ist Ferri endlich Senator geworden. Was hat er nicht ausgedacht, um seine sozialistische Vergangenheit auszulöschen! Es ist nicht bei dem vor Jahren ausgesprochenen Worte geblieben:

„Wenn der König mir die Ehre erweisen würde, mich zu befragen.“ Ferri, der als Kriminalanthropologe besonders beschäftigt gewesen wäre, das faschistische Regime und seine maßgebenden Männer zu verstehen, hat sich zu allen möglichen Lobhudeleien des Faschismus und des „Duce“ hergegeben. So hat er denn endlich seinen Lohn für alle Liebedienerei und zieht in die Oberste Kammer ein.

Gewiß, es sitzen schlechtere Leute im Senat als Ferri. In ihm sitzt De Bono, der als Generaldirektor der Polizei den Mördern Matteotti's falsche Pässe ausstellte und der von infamierenden Beschuldigungen nur wegen „mangelnden Beweises“ freigesprochen wurde, Cremonesi, der sich als Gauweineur von Rom schwerster Unterschleife schuldig gemacht hat, De Beccchi, der den Mörder der Turiner Kommunisten und Sozialisten seine Solidarität ausprobiert. Aber doch gehöht Ferri weniger in den Senat als gerade Ferri. Er hätte seinem Schicksal dankbar sein müssen, wenn es ihm diese letzte Probe seiner Rückbildung erspart hätte.

Ferri war von der Natur mit einer glänzenden Rednergabe begnadet. Charakterstärke und kritischen Sinn waren ihm nicht in die Wiege gelegt worden. So hat ihm seine Gabe freilich zum hinaufkommen geholfen, aber er hat mit ihr viel Unheil angefüht. Bäre er doch bei seinen Besten geblieben und hätte nur als Adokat gewirkt! — In Strafprozessen war er, vielleicht gerade, weil ihm die Tiefe abging, von unerreichbarer Wirkung. Er war der einzige, der in dem Prozeß gegen Tullio und Linda Murri wirklich etwas zugunsten der Angeklagten hervorgebracht und ihre Lage nicht verschlechtert hat. Auch den jungen Uteniaten D'Uba, der einen Anschlag auf den König verübte, hat er glänzend und mit Würde verteidigt. Aber in unserer Partei hat ihm seine Begabung und sein Ehrgeiz dazu getrieben, sich zum Führer der antireformistischen Tendenz aufzuwerfen und sich aus lauter Weisheiten und Gemeinplätzen ein Piedestal gegen Turati zu bauen. So hat er den Reformismus gestärkt und die Antirassigen zur Phrope gemacht. Dekoration, wie er durch seine Erscheinung war, sein eigentlicher Volksredner, denn er vibrierte nicht mit der Masse, aber ein glänzender Versammlungsredner, hat er in unserer Partei begeisterter Anhänger gehabt. Der sog. Zentrismus, den Ferri in der Partei führte, hat so recht die Gefahr bewiesen, die für eine unrelle, noch nicht zur Kritik befähigte Masse, die Rede als Kunst, als Kunst des Rattenjägers darstellt. Der „Fall Ferri“ in Italien ist eine Demonstration dafür, daß nur wirkliche Reize und wirkliche Demokratie eine Bewegung vor den Gefahren ehrgeiziger Charlatane schützen können. Ferri war auch drei Jahre lang Chefredakteur des „Anani“. Wenn er soviel Ueberzeugungsstärke gehabt hätte als er Ehrgeiz hatte, hätte seine Begabung und seine Arbeitskraft der Bewegung von großem Nutzen sein können.

Als Wissenschaftler ist Ferri einer der vielen, die von den Bolschewiken und beröhmt wurden, die von Cesare Lombroso's reicher Tafel fielen. Er war ein Arbeiter, aber kein Denker wie er Streiber war, ohne ein Kämpfer zu sein. Die Arbeiterchaft hatte aufgehört, an ihn zu glauben, ehe er sich von unserer Bewegung abkehrte.

Brotkarten in 16 russischen Städten.

Ausbau des Kartensystems verlangt.

Moskau, 18. März. (Ostpreß.)

Nach Angaben des Genossenschaftsverbandes „Zentrossojus“ sind in den letzten zwei Monaten Brotkarten in 16 russischen Großstädten eingeführt worden. Die Sowjetpresse verzeichnet mit Beforgnis, daß die Einführung der Brotkarte in einigen Städten auf den Widerstand der „nichtwerttätigen Elemente“ stöße, deren Aktivität von den Sowjetbehörden nicht genügend bekämpft werde. In einer Reihe von Städten wird von den Genossenschaften die Normierung auch der anderen Waren, an denen Mangel herrscht, verlangt.

In Moskau wird die Brotkarte nunmehr ebenfalls eingeführt, während in verschiedenen anderen Städten die Einführung vorbereitet wird. So haben sich neuerdings die Genossenschaften in Werdlowst (Jesaterinburg) für das Brotkartensystem ausgesprochen.

Demokratie in der Gemeinde.

Sozialdemokratische Forderungen zur Gemeindeverfassung.

Die im Bezirk Berlin von der Arbeiter-Bildungsschule zusammen mit dem kommunalen Sekretariat veranstaltete Reihe von Vorträgen über Fragen der kommunalpolitisch wurde am Sonntag mit einem Vortrag des Dortmunder Bürgermeisters Paul Hirsch über Verfassung und Verwaltung der Gemeinden eröffnet.

Genosse Hirsch stellte an die Spitze seiner Ausführungen die sozialdemokratische Forderung einer Reichsstadteordnung, einer für das ganze deutsche Reich einheitlichen Gemeindeverfassung. Zurzeit haben wir diese Einheitlichkeit noch nicht einmal in Preußen, wo in den verschiedenen Landesteilen noch acht Stadteordnungen und acht Landgemeindeordnungen gelten. Nach der Umwälzung vom November 1918 wurden einige Änderungen durchgeführt, vor allem kam in Preußen sogleich im Januar 1919 ein einheitliches Gemeindegewahlrecht, das von Unterschieden des Besitzes abfiel, das Verhältniswahlrecht vorschrieb und die Frauen zu Wählerinnen machte. Die Reichsverfassung regelte dann das Wahlrecht in seinen Grundzügen und legte die Gültigkeit des Wahlrechts der großen Parlamente auch für die Gemeinden fest. Noch besteht aber die Bindung des Gemeindegewahlrechts an eine Mindestdauer des Aufenthalts in der Gemeinde (in preussischen Gemeinden sechs Monate). Die Sozialdemokratie verwirft diese Bestimmung, doch ist die angestrebte Beseitigung im preussischen Landtag noch nicht zu erreichen gewesen. Hirsch zeigte dann die Verschiedenheit der Gemeindeverfassungen in Preußen an den Beispielen der Magistratsverfassung und der Bürgermeistereiverfassung. Unter der Magistratsverfassung ist die Stadtverordnetenversammlung beschließende und zugleich kontrollierende Behörde neben dem Magistrat. Unter der Bürgermeistereiverfassung, die wir im Rheinland finden, hat den Vorsitz in der Stadtverordnetenversammlung der Bürgermeister mit vollem Stimmrecht und bei Stimmengleichheit gibt er den Ausschlag. Die Magistratsverfassung verdient den Vorzug vor der Bürgermeistereiverfassung, die den Bürgermeister allmächtig macht. Keine der in Preußen geltenden Gemeindeverfassungen und auch keine der Gemeindeverfassungen anderer deutscher Bundesstaaten hat das Einkammersystem, das die Sozialdemokratie fordert. Dieses System ist die Verwirklichung des demokratischen Gedankens, aber gerade die demokratische Presse lehnt es ab. Bei diesem Einkammersystem wird die Verwaltung der Gemeinde im Auftrag der Gemeindevertretung geführt, so daß die heute bestehende Trennung der ausführenden Behörde von der beschließenden Behörde wegfällt und die Verwaltung auch vereinfacht wird. Heute wird alles mindestens doppelt beraten und beschlossen, erst im Magistrat und dann in der Stadtverordnetenversammlung, ungerade die Beratungen in Ausschüssen. Wenn beim Einkammersystem der Gemeindevertretung zugleich beschließende und ausführende Behörde ist, muß zur Verwaltungsführung die Stadtverordnetenversammlung aus ihrer Mitte besondere Verwaltungsausschüsse einsetzen, denen die Magistratsmitglieder als Fachleute beizugeben sind.

Der Vortragende streifte die Frage des immer noch bestehenden Rechtes der Regierung, gewählten Magistratsmitgliedern die Bestätigung zu verweigern. Dieses Bestätigungsrecht müsse unter allen Umständen beseitigt werden. Eingeschränkt werden müsse auch die Aufsicht des Staates, höchstens bei ungesetzlichen Beschlüssen könne Beanstandung geltend gemacht werden. Beseitigen solle man die vielen Zwischeninstanzen. Wohlfahrtspolizei, Gesundheitspolizei, Gewerkepolizei müsse den Gemeinden übertragen werden. Zu der jetzigen Verfassung des 1921 zusammengefaßten Groß-Berlin bemerkt Hirsch, daß sie natürlich nicht für

zwei Zeiten gemacht sei, sondern nach den Erfahrungen der Praxis einmal geändert werden könne. Eine Stärkung der zentralen Verwaltung müsse man wünschen, aber die Entscheidung hierüber sei Sache des Landtags. Hirsch wies hier auf die Zusammenhänge zwischen Gemeindepolitik und Staatspolitik hin. Unter gemeindefeindlichen Gesetzen ist den Gemeinden die Arbeit erschwert. Das zeigt für Berlin am deutlichsten das Finanzausgleichsgesetz, das uns die Mittel zur Lösung unserer Aufgaben zu knapp zuzählt. Daß die Gemeinden Verschwendungspolitik treiben, ist nicht wahr, betonte der Vortragende. Die Ausgaben der Gemeinden sind, auch wenn sie manchmal unproduktiv scheinen mögen, produktiv in dem Sinne, daß sie zur Gefunderhaltung der Bevölkerung beitragen und die Bevölkerung zu einer höheren Kulturstufe emporführen.

Hirsch schloß mit einem Ausblick auf die gegen Ende dieses Jahres kommenden Gemeindegewahlen, an denen auch Berlin teilzunehmen haben wird. Die Masse der Wählerschaft müsse zu der Einsicht gelangen, daß sie ihr Wohl am besten wahr, wenn sie Sozialdemokraten wählt. (Lebhafte Beifall.)

Verlagung im Totschlagsprozeß.

Ein Fall nahe an der Grenze des § 51.

Zu einem überraschenden vorläufigen Abschluß kam der Totschlagsprozeß Budach. Nachdem die Beweisaufnahme wegen der Bluttat in der Fischerstraße geschlossen war und die Sachverständigen ihre Gutachten abgegeben hatten, verlagte das Gericht die Verhandlung. Med. Rat Dr. Störmer bezeichnete in seinem Gutachten den Angeklagten als einen epileptischen Psychopathen und ausgesprochenen Alkoholiker. Bei der Tat befand sich der Angeklagte in einem Zustand, der nahe an der Grenze des § 51 liegt. San. Rat Dr. Schmidt schloß sich diesen Gutachten im wesentlichen an, beantragte aber, da seine Beobachtungen noch nicht sicher wären, auf Grund des § 81 der St. P. O. die Ueberführung des Angeklagten in eine öffentliche Irrenanstalt zur Beobachtung des Geisteszustandes. Das Gericht folgte seinem Antrag, da der Fall so schwerwiegend ist, daß zu seiner Klärung alles getan werden müsse.

Wir haben in derartigen Fällen wiederholt darauf hinweisen müssen, daß es ein unmöglicher Zustand ist, wenn ein Mensch, der unverantwortlich ist und damit den Schutz des § 51 genießt, frei herumläuft. Sollte es sich also erweisen, daß Budach für seine Tat nicht verantwortlich gemacht werden kann, so müßte er aus dem Gerichtssaal heraus sofort erneut, und wenn seine Krankheit unheilbar, auf die Dauer einer Irrenanstalt überwiesen werden. Die Allgemeinheit muß vor solchen Menschen energig geschützt werden.

Noch eine Verhaftung in der Orloff-Affäre.

In der Dokumentenaffäre ist von der Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums ein weiteres Mitglied der Kreise um Orloff und v. Sumanitz festgenommen worden, und zwar ein Russe namens Braude, so daß sich bisher insgesamt zehn Personen in dieser Sache im Gewahrsam der Polizei befinden. Orloff und Sumatow wurden gestern dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium zur Entscheidung über die Aufrechterhaltung des Haftbefehls vorgeführt, doch dürfte die Stellungnahme des Richters voraussichtlich erst im Laufe des heutigen Dienstagvormittags erfolgen. Ueber das Schicksal der übrigen Inhaftierten wird wohl erst Ende dieser Woche nach Abschluß der Verhöre und nach Sitzung des bei den Durchsuchungen beschlagnahmten Materials entschieden werden.

Wasserkatastrophe in Amerika.

Ueber 250 Tote. — 10 000 Personen in Lebensgefahr.

New York, 18. März.

Nach Meldungen aus Alabama stehen im Süden dieses Staates fünf Städte unter Wasser. Das Schicksal der Einwohner ist unbekannt, da alle Verkehrseinrichtungen unterbrochen sind. Bis jetzt wird die Zahl der Toten auf 250 geschätzt. Ein Teil der von dem Hochwasser abgedrängten Einwohner ist durch Flugzeuge mit Lebensmitteln versehen worden. Etwa 30 Schiffe sind hinzugezogen worden, um den in größter Gefahr schwebenden 4000 Einwohnern der Stadt Elba Hilfe zu bringen. In Elba allein sollen nach den bisherigen Feststellungen etwa 150 Personen ertrunken sein. 34 Leichen wurden bereits geborgen. Auch die Staaten Nebraska, Iowa, Illinois und Florida sind vom Hochwasser heimgesucht worden. Insgesamt sind etwa 28 000 Personen vom Wasser eingeschlossen oder obdachlos. Davon schweben 10 000, die auf Dächern, Bäumen, Flößen usw. flüchten, in mehr oder weniger großer Lebensgefahr.

Ein revidiertes Schöffengerichtsurteil.

Statt 5 Jahre Zuchthaus — 5 Monate Gefängnis.

In der Berufungsinstanz beschäftigte sich die Große Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Toll mit dem Raubüberfall am Strausberger Platz, der seinerzeit großes Aufsehen erregt hatte. Das Schöffengericht Mitte hatte den bereits vorbestraften Friedrich Konieczny unter Verlegung mildernder Umstände wegen Straßenraubes zu fünf Jahren Zuchthaus, einen Erich Fahrtenwald zu zwei Jahren Gefängnis und einen Ernst Frank zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Frank, der Boger ist, hatte mit einem Maurerpolier in einem Lokal Streit gehabt und war ihm mit den Mitangeklagten auf die Straße gefolgt. Der Maurerpolier hatte viel getrunken. In einer dunklen Ecke am Strausberger Platz verlegte Frank dem Manne einen Kinnhaken. Die beiden Mitangeklagten stürzten sich dann ebenfalls auf ihn und bearbeiteten ihn mit den Fäusten. Alle drei liefen dann weg, wurden aber von einer Menschenmenge verfolgt und verschwanden in einem Hause in der Weberstraße. Als die Verfolger herankamen, war die Haustür abgeschlossen. Aus einem Fenster des Hauses flatterte aber ein Zettel herunter, auf dem die Namen der drei Täter angegeben waren. Dem Maurerpolier waren bei der Schlägerei Brieftasche und Uhr weggenommen. Er ließ die drei Raubbeute am nächsten Morgen wegen Straßenraubes verhaften. Konieczny hatte auch zugegeben, daß er die Brieftasche an sich genommen hatte. Er behauptete aber, daß er sie von der Straße aufgehoben hätte, da sie dem Manne offenbar bei der Schlägerei aus der Tasche gefallen sei. Er hat dann die Brieftasche, die die Ausweispapiere enthielt, in einen Briefkasten gesteckt. Die 180 M. Inhalt waren aber nicht da. Die Rechtsanwältin Dr. Marg. Kantorowicz, Dr. Bäcker und Braun hielten einen Raub nicht für erwiesen. Die Strafkammer schloß sich trotz schwerster Bedenken und schwerwiegender Bedachtgründe dieser Auffassung an. Es sei möglich, daß die Brieftasche bei der Schlägerei herausgefallen sei. Der Verbleib der Uhr ließ sich vor Gericht nicht nachweisen. Unter Aufhebung des Schöffengerichtsurteils wurden die Angeklagten von der Anklage des Straßenraubes freigesprochen und lediglich wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Konieczny und Fahrtenwald erhielten je fünf Monate und der jüngere, weniger vorbestrafte Frank zwei Monate Gefängnis. Die Strafen sind durch die Untersuchungsbehörden verübt, und die Angeklagten, die das Urteil sofort annehmen, wurden auf freien Fuß gesetzt.

Zu dem Leichenfund bei Birkenwerder erfahren die „Berliner Neuesten“, daß die Tote jetzt einwandfrei als die vermählte Frau Betty Thoman aus Dahlem festgestellt worden ist.

Der Aufruhr des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gerhart Heermann Mostar

„Ach so!“ stöhnte Holzwoigt dankbar. „Du, worum hatte ich das nicht gleich gesagt!“
Er nahm die Gabel herunter, und der Kellner ging zu Judenaad. Aber dem Bobziger schmeckte der Braten nun nicht recht. Er sann seinem Erlebnis nach. Und endlich konnte er seinen Eindruck nicht länger zurückhalten. „Soja, das kimmst dabervon, wenn mer Dessauisch wärn soll!“
Und die erlösende Ausrufung war gefallen.
„Joh!“ stimmte Judenaad kräftig zu. Er hob das Glas mit dem Dessauer Wein. „Hier jut Bärnborch alleweil!“
Aber sich einer: der Dessauer, der Schlauhahne, stieß lächelnd mit an. Es sollte ihm nichts helfen. Man würde ihm schon die Meinung sagen. Ob Trosegt zustimmen würde? Sicher!
Der Wirt trat ein und ging auf Trosegt zu: „Eine Dame wünscht Herrn Baron von Trosegt zu sprechen.“
„Eine Dame...?“
„Jawohl, Herr Baron. Sie möchte Sie unbedingt sprechen.“
Trosegt erhob sich verblüfft und ging hinaus.
„Du,“ sagte Judenaad zu Holzwoigt, „dar drickt sich!“
Aber Trosegt hatte sich nicht gedrückt. Er trat in ein Zimmer, das ihm der Wirt gemietet hatte.
Vor ihm stand Friederike.
Er sah sie an mit abweisender Schärfe, die seine Unsicherheit verbergte, schloß die Tür, führte sie ans Fenster, zog den Vorhang zu. „Was willst du hier, Herrgott, was werden die Dessauer denken, wenn sie dich —“
Sie streichelte ihm lächelnd über den Mund, wies an sich herunter. „Ich bin im simplen Reihelkeid gefahren, infognito, in geschlossener Kalesche. Hier hat mich niemand gesehen, der mich kennt.“
„Ja — und?“ fragte er ungeduldig.
„Und?“ Sie versuchte zu schmelzen — es stand ihr nicht

mehr, sie war zu alt dazu. „Ich wollte natürlich bei dir sein, heute, wo's um alles geht.“
„Natürlich? Ich finde das nicht natürlich!“
Sie erschrak, fühlte wieder, wie sie an Nacht über ihn verloren hatte seit des Herzogs Tode. Sie wandte sich ab: „Früher war es selbstverständlich, daß wir alles besprachen.“
„Wir haben genug über — über diese Sache gesprochen.“
Er sank auf einen Stuhl, schlug die Hände zwischen den ausgebreiteten Knien nervös zusammen. „Du verwirrst mich. Ich muß einen klaren Kopf haben.“
„Dein Kopf war immer klar, auch wenn du eben von mir kamsst,“ sagte sie nicht ohne Bitterkeit.
Er hob das Gesicht, sah sie mit gesenkten Mundwinkeln an. „Es hat doch keinen Zweck. Ich bitte dich: fahr zurück!“
Sie lehnte sich an die Fensterbank und trommelte leise mit den Fingern. „Selbstverständlich. Gleich nach der Audienz.“
„Ich werde doch keinesfalls hierher zurückkommen!“
„Das sollte dir nicht zu viel sein.“
„Es wäre zumindest ungeschickt.“
Ihre Finger trommelten nicht mehr, preßten blaß das Holz. „Unschickt, und — überflüssig, nicht wahr?“
Er stand auf. „Auch das.“
Sie wandte sich um und startete den Vorhang an. „Wie meinst du das?“ Und nach kurzem Schweigen leise: „Ich will ja gar nicht... gar nichts anderes von dir. Aber es ist doch nicht überflüssig, wenn der Minister seiner Herzogin Bericht erstattet.“
Er antwortete nicht.
„Darüber, ob er noch Minister ist und sie noch Herzogin.“
Trosegt schüttelte nervös den Kopf. „Das wird sich doch heute noch nicht entscheiden.“
„Wieso nicht? Die Vertreter des Volkes sind doch da! Das Volk hat entschieden — für mich!“
„Das Volk? Trosegt lachte verächtlich. „Das Volk bejährt sich.“ Er wies nach draußen. „Am Dessauer Wein.“
„Daß es. Es wird mich nicht verlassen.“
„So?“ Er hatte seine Ueberlegenheit wieder. „Du hast dein Herz für das Volk sehr spät entdeckt, liebe Friederike. Du kannst also nicht verlangen, daß das Herz des Volkes schneller arbeitet.“
„Und du? Hast du's eher entdeckt?“
„Ich verlasse mich ja auch nicht darauf.“
Sie wandte sich zu ihm, legte die Hände um seinen Kopf, hob seinen Blick zu sich hinauf. Die Erregung, die verhaltene Angst ließ die alt gewordenen Züge ihres Gesichtes vibrieren,

löschte die jung gebliebenen aus. „Und ich, muß ich mich darauf verlassen? Es gibt ja noch einen, auf den ich mich verlassen kann. Nicht wahr?“
Er entzog sich ihren Händen. „Gewiß, gewiß. — Aber jetzt geh.“
Er wollte aufstehen, aber sie legte ihm die Hände auf die Schultern und drückte ihn in den Stuhl zurück. „Bald, Heinrich. Aber vorher möchte ich noch eins von dir wissen.“
„Nämlich?“
Sie atmete tief. „Die Wahrheit.“
„Was heißt das nun wieder: die Wahrheit?“
„Die ganze Wahrheit.“
Er zuckte die Achseln unter ihren Händen, als verstehe er nicht.
„Du hast mich die ganze Zeit seit Alexanders Tode mit halben Redensarten hingehalten. Das weißt du genau. Du bist hierhergefahren, um den Kampf für mich und dich zu kämpfen. Aber du kannst mir nicht böse sein, wenn ich dir sage, daß ich — daß ich dir nicht traue. Sage mir gerade heraus, Heinrich, ohne Ausflucht, ich bitte dich darum: was hast du vor?“
Er riß grob ihre Hände von seinen Schultern und sprang auf. „Halt mich doch nicht fortgesetzt fest!“ Mit hinter dem Rücken verstrickten Armen ging er im Zimmer herum. „Du jagst doch eben selbst, daß ich für dich — daß unsere Interessen sich decken. Was heißt das nun also: mir nicht trauen!“
Sie blieb an ihrem Platz stehen. „Heinrich, ich bitte dich, mach keine Ausflüchte! Wirst du heute erklären, daß Anhalt-Bernburg nicht daran denkt —“
Trosegt schnellte die Hände über den Kopf und schlug ihre Worte zu Boden. „Wir sind doch keine Kinder! Wir sind doch Diplomaten! Man kommt doch nicht mit dem Kopf durch die Wand!“
„Warum nicht?“ sagte sie mit dunkler Schärfe. „Alexander ist trotz deiner Operation gestorben. Die Ereignisse zaudern nicht so wie du.“
„Ja doch, ja doch! Aber die Frage Anhalt-Bernburg ist eben nicht durch einen Fenstersturz zu lösen. Es ist eine gewisse Uebergangszeit nötig. Auch ein Gedanke will erst wachsen, auch eine staatliche Ordnung. Not tut eine Pflegezeit, laßzagen.“
„Mit den Dessauern als Pflegegeschwestern, nicht wahr?“
Er gab seinen Marsch durchs Zimmer auf, ließ die gestikulierend erhobenen Arme sinken. „Das ist doch zunächst Nebensache. Das muß sich doch erst herausstellen!“
(Fortsetzung folgt.)

Ausflug nach Prenzlau

Es sind immer politische Sonderfälle, die die Aufmerksamkeit auf sonst kaum bekannte und so abseits gelegene Städte lenken. Küstrin war eine historische Notiz, bis plötzlich der Putz der Schwarzen Reichswehr den Namen zu neuer „Berühmtheit“ verhalf. Und nun haben kürzlich die Richter zweier Instanzen Prenzlau zu einem „Fall“ gemacht. Der Vorgang ist bekannt: Ein Stahlhelmführer hatte in öffentlicher Versammlung erklärt: „Aus Verrat und Meuterei ist der heutige Staat geboren,“ und der Kantonsrichter und die Strafkammerrichter in Prenzlau fällten im Namen des Volkes das Urteil, daß diese Äußerung keine Beschimpfung der Republik sei, weil mit ihr nicht der heutige Staat, sondern nur seine Entstehung gemeint gewesen sei, womit wohl die diese Entstehung als gerichtsmäßig festgestellt gelten soll.

Prenzlau — Prenzlau...? Im weislicheren Deutschland nahm man den Voss zur Hand und „entdeckte“ die Stadt im Norden der Uckermark, wo man schon bald in Pommern ist. Da oben also liegt es; und man fand das Urteil nun schon begrifflicher. Es fiel wie Scheinwerferlicht auf ein Stück unbekanntes, politisch beinahe noch nicht ganz erforschtes Deutschland, das der Reisende auf der Fahrt Berlin-Stettin vom Schnellzugfenster aus nur flüchtig betrachtet.

Wie sieht so eine Stadt, die zum politischen „Fall“ wird, aus? Uckermark — bei diesem Namen stellt man sich langweilige Kartoffel- und Rübenfelder vor, uckermärktischen Tabak, Agrarland, Verwaltung in Schiffsreisen, schwere Gespanne in schwerer Erde. Das stimmt ungefähr für den Landkreis der Stadt Prenzlau. Die südliche Uckermark um Lyden und Tempin, zwischen dem Stessin- und dem Werbellinsee aber ist eine der schönsten Landschaften der Mark. Sie wirkt wie ein grün ausgelegener Spiegelfaal: See an See ist blank eingelassen in die grüne Pracht der Wälder, Aiefernwälder, in denen die Wacholderbüsche stehen wie feierliche Flammen, mit einer hellgrünen Lichtspur um den dunkelgrünen, silberberesteten Kern, Baumwälder, loder und mächtig gebauscht um die wallenden Säume heißen Wassers. Tagelang kann man im Boot auf dem Wasser leben und durch schmale Röhre, in denen unzählbar die Schmutzschalen der Seevögel schwimmen, aus einem See in den andern fahren. Jede Stadt hat ihre lockenden Geisler, Tempin, noch fest umschlossen von seiner mittelalterlichen Stadtmauer, Lyden, das beinahe mitten im Wasser liegt, Prenzlau am lichten Ufer des Uckersees. Die weißen schwingenden Segel gehören zum Bilde dieser Städte wie ihre Backsteintürme, ihre wehrhaften Tore und Türme, rot und fantig eingefügt in das Konglomerat der Stadtmauer, in der alle Gesteine vermauert wurden, die die Gleicher der Eiszeit aus dem Norden hierher auf den flachen Boden der Mark wälzten.

Aus diesen Wäldern fährt man in die offene Agrarlandschaft um Prenzlau. Landstraßen ziehen endlos weißstaubige Bänder durch das Ackerland. Blühende Lupinenfelder leuchten im Herbst. Aus weicher Ferne schon erhebt sich Wahrzeichen der Landschaft die Prenzlauer Marienkirche ihre beiden fantigen Türme hoch über die Fläche. Um die Kirche wäre eine lebhaft ansehliche Stadt zu denken, aber man kommt nur in eine abseitige, in sich selbst beharrnde Provinzstadt mit knapp 22000 Einwohnern.

Die Geschichte der Stadt ist eine Variante der Geschichte der meisten ostelbischen Kolonialstädte. Die Pommerer bauen im 12. Jahrhundert eine Burg am Nordende des großen Uckersees, die den Uebergang über Ucker und damit die Pforte nach Pommern bewacht. Um die vielumkämpfte Burg entsteht auf den flachen Anhöhen über dem See Prenzlau aus typische Kolonialanlage, der im 13. Jahrhundert das Stadtrecht verliehen wird. Die glitzernde Anlage der Straßen mit dem Markt in der Mitte ist bis heute unverändert geblieben, und auch die Stadtmauer, die Wehrtürme und Weichhäuser haben sich erhalten; man kann jetzt noch längs der Mauer den alten engen Umkreis der Stadt abfahren, die schon früh vorstädtische Ausläufer fernwärts ins Uckerbruch ausstreckte. Im

13. Jahrhundert wird Prenzlau brandenburgisch, aber mecklenburgische, brandenburgische und dänische Oberhoheit wechseln noch mehrmals miteinander ab. Es gibt Kämpfe mit den Pommeren, und als im 15. Jahrhundert zwei Bürgermeister, Belg und Grieben, die Stadt an die Pommeren verraten, werden sie auf dem Marktplatz hingerichtet, nachdem man jedem die rechte Hand abgehauen hat. Die Stätte der Hinrichtung ist im Marktplatzpflaster kenntlich gemacht und die abgehauenen Hände werden im Museum aufbewahrt. Pestjahre, Kriegsnot und Stadtbrände dezimieren die Stadt immer von neuem; zuletzt vertrieben 1806 napoleonische Truppen die Stadt.

Alle Fährnisse überdauert, wenn auch mit einigen Schrammen, die Marienkirche, eine der schönsten Backsteinkirchen der Mark, hoch über die Dächer der bescheidenen Häuser aufsteigend. Den berühmten Prachtgiebel überspannt das raffinierte Schmuckwerk der vier durchbrochenen Wimperge mit einem bewundernswerten steinernen Spitzengewebe. Auch der Innenraum wirkt gewaltig; nicht so der Küster, der uns erst gewahrte, als wir schon wieder durch das offenstehende Portal ins Freie traten, und der nun ellig aus dem fernsten Winkel der Kirche herbeikommt und von jedem dreißig Pfennige für die Befestigung der Kirche eincolliert, ohne sich weiter bemüht zu haben.

Man sinnt darüber nach: in welcher großartigen Mäßen dachten die Erbauer einer solchen Kirche, die wie eine Burg Gottes die Landschaft beherrscht, welche Zukunft einer Stadt erwarteten sie um ihr Wert, und welche in der Vergangenheit sich gebildete Kleinstadt nistet nun um diesen mächtigen Bau. Viele Baudenkmäler stehen noch da, aber es ist nichts nachgewachsen. Prenzlau liegt anderthalb Schnellzugstunden von Berlin entfernt, aber der Reisende im Schnellzug sieht nur flüchtig auf; Prenzlau? — Wann sind wir in Stettin?

„Das märkische Rothenburg“ nennt sich Prenzlau, wenn es sich in Empfehlung bringen will. Man ist hier oben freigeig mit solchen Beinamen. Auch Neubrandenburg, die einstige märkische Barchstadt im Mecklenburgischen vergleicht sich mit Rothenburg; und Lyden nennt sich gar „das märkische Interlaken“. Dagegen: Rothenburg hat bis heute darauf verzichtet, sich das süd-deutsche Prenzlau zu nennen.

Mit der Stadt ist man bald fertig. Vom Mittelalter, einem merkwürdigen Wehrturm, der einen quadratischen Unterbau, einen acht-eckigen Wehrgang, einen runden Oberbau mit Zinnenkranz und einen spitzen Steinhelm hat und wuchtig übereinanderbaut, steigt man wieder hinaus zum Markt, auf dem vorm Rathaus Friedrich der Große, Wilhelm I., Bismarck, Moltke und Luther in Bronze das rechte oder das linke Bein vorstellen; ein Apotheker hat sie gestiftet. Man rastet im einzigen Café der Stadt, in dem es zwischen grellen Farben und läppigen Dekorationsstückchen muffig riecht, und bewundert den reichen Aushang baltischer Zeitungen — man weiß, wo man ist.

Dann schlenkert man hinunter zum weit entspannten Uckersee. In den Anlagen am See steht ein Ehrenmal für die Opfer des Weltkrieges. Ein Genius schwingt sich aus Klarschiffen aufwärts, aber auch dieser symbolische Dämon zückt schon wieder das Schwert. Die Inschriften nennen lakonisch fürchbare Zahlen: „Reserve-Infanterie-Regiment 207 seinen gefallenen 2410 Soldaten. — Den 3800 gefallenen Kriegern des Brandenburgische Infanterie-Regiment 64 — Herr, mach uns frei.“ Darum wohl das Schwert in der Hand des Genius.

In der Nähe dieses Ehrenmals steht eine Bank, und auf dieser Bank wird an kommenden schönen Frühlingstagen manchmal ein deutscher Richter sitzen und in seiner Brust die Ueberzeugung, daß die mit dem Blute auch dieser 2410 und 3800 Opfer getaufte Republik aus Verrat und Meuterei entstanden ist.

Edgar Hahnwald.

Walter Gehmar: Einbruch

Kolpak, der gewerkschaftliche Einbrecher, Fassadenkletterer, Treppenhilfer hatte im Arbeitszimmer Direktor Torkelans gerade den Geldschrank geöffnet, betrachtete jedoch den Inhalt und erblühte neben Haupt- und Geschäftsbüchern, Verträgen und Abschüssen eine wohlgeordnete Anzahl von Geldscheinen. Gerade wogte er im Hirn den mutmaßlichen Wert dieser Scheine ab, da sah ihn jemand unversehens beim Rücktragen, schleuderte ihn herum, legte ihm eine Pistole sehr dicht auf die Brust und rief: „Halt! Freundchen!“

Kolpak war kreidbleich geworden, zitterte, wollte etwas sammeln und konnte nicht einmal sich zur Wehr setzen. In seinem Hirn schwirrten in diesem Augenblick tausend andere Gedanken. Er sah sich vor dem Gerichtspräsidenten stehen, hörte die kalten, schneidenden Worte „wegen versuchten Einbruchs 6 Monate Zuchthaus“. In der rechten Hand hatte der fremde Herr immer noch den Revolver, in der linken hatte er jetzt eine Belastkarte, die er Kolpak dicht unter die Nase hielt. Kolpak las: „Direktor Torkelan“.

Da verlegte er sich aufs Bitten. Er sei kein gewohnheitsmäßiger Einbrecher. Aus Not, aus Verzweiflung habe er es gewagt, weil er keinen anderen Weg mehr gefunden habe, Geld zu verdienen und weil er nichts zu essen gehabt habe, bereits seit drei Tagen nicht. Der fremde Herr lächelte höflich, kniff ein Auge zu, trotzdem war sein Blick nicht ganz verständnislos. Kolpak versuchte eine neue Witze, führte noch schärfere Waffen ins Gespräch, er wolle arbeiten in der Fabrik und dem Direktor sogar die zerschrittene Fensterhebel zurückzahlen, nur solle er ihn nicht der Polizei ausliefern.

Der fremde Herr schien noch etwas mehr Verständnis in seinen Blick zu legen. Er lächelte schon nicht mehr. Möglich ließ er Kolpak los und sagte: „Ich glaube es mit einem Menschen zu tun zu haben, der aus Not zum Verbrecher wurde. Dem sein erster mißglückter Versuch eine blutige Warnung sein wird. Ich werde Rücksicht haben und verlange, daß Sie noch heute nacht die Stadt verlassen und nie mehr zurückkehren.“

Kolpak versprach und wollte sich bereits durch das Fenster schnellstens verziehen, als der Herr ihn nochmals zurückrief:

„Zum Zeichen, daß Sie sehen, ich meine es wirklich gut, nehmen Sie sich einen Schein aus dem Tresor mit.“ Kolpak zögerte, besah den wohlgeordneten, großen Berg Geldscheine, wußte nicht, was tun und überlegte. Wenn er es angeht, belomme, einen Schein mitzunehmen, dann könne das wohl kein Diebstahl sein. Halt wollte er schon zugreifen, da lästerte der Herr wieder: „Vorwärts!“

Kolpak griff den obersten Schein, steckte ihn schnell ein, bedankte sich und verschwand durch das Fenster laudlos in den Garten, stieg über den Gartenzaun und lief die Straßen entlang, quer durch die ganze Stadt zum Bahnhof, stieg in einen Zug und fuhr und fuhr. Er wagte nicht rechts und nicht links zu schauen. Am späten Nachmittag war er in einer kleinen Stadt an der polnischen Grenze.

Deselben Tages aber hatten die Morgenzeitungen eine Sensationsnachricht: „20000 Mark aus dem Arbeitszimmer des Direktors Torkelan gestohlen.“

Am Abend las es Kolpak in der Zeitung der kleinen Stadt an der polnischen Grenze und wunderte sich, denn er trug nur einen Laufendmarktschein bei sich.

Entstehung des Glockenrocks

Die Damenwelt bevorzugt heute wieder im Abendkleid die geschwungene Linie der Toilette, die sich am deutlichsten in der Form des Glockenrocks darstellt. Die Form dieses Kleidungsstücks, die den Linien der weiblichen Gestalt folgt und sie noch stärker betont, ist uralt, sehr viel älter als das in geraden Linien herabwallende Gewand der klassischen Griechin. Durch einen glücklichen Zufall haben die großartigen Ausgrabungen von Coans auf der Insel Krete uns nähere Angaben über die Toilette gebracht, die die altkretischen Damen vor 3000 Jahren trugen, und wir finden hier bereits eine sehr raffinierte Form der Mode, nämlich Kleider mit kurzärmeligen vorn weit ausgeschnittenen Jaden, mit einem Gürtel, der die Taille eng zusammen schnürt und einem langen Rock von glockenförmigem Schnitt, der die Wölbung des unteren Teils der Gestalt stark unterstreicht. Diese Tracht ist übrigens auch auf das griechische Festland gedrungen, und man hat auf Wandbildern in Theben ähnliche Toiletten gefunden, an denen die Röcke aus Streifen zusammengeheft sind und auf den ersten Blick den Eindruck einer unten weiten Hofe hervorrufen. Doch trug man damals keine „Holentöde“, sondern aus Eisen und Gold gefertigte Statuetten einer „Schlangenspriesterin“ aus Krete läßt erkennen, daß die wogerschen Streifen des Glockenrocks senkrecht nach unten gezogen waren.

Diese sonderbare Rockform ist nun aber nicht auf Krete entstanden, sondern der Glockenrock hat seine Heimat im Orient. Das zeigt ein Fund der neuesten Zeit, aus den Dr. L. Franz in der Monatschrift „Der Erdball“ aufmerksam macht. Und zwar tragen nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer solche Röcke. Das läßt sich an den zahlreichen Männerplastiken erkennen, die eine deutsche Expedition unter R. Andrá im Tempel der Liebesgöttin zu Assur ausgegraben hat. Diese Männer tragen alle einen langen Rock, der sich von dem kreisförmigen Glockenrock nur dadurch unterscheidet, daß die wogerschen Streifen nicht aus Stoff bestehen, sondern aus aneinandergelassenen kurzen Schürzen von Baumblättern. Hier haben wir also offenbar die Urform des Glockenrocks. Im Laufe der Zeit erfolgte man die Blattbündel durch Stoffstücke, und auf Krete wurde der Rock dann ein ausschließlich weibliches Kleidungsstück, das aber noch deutlich die Abstammung von dem Männerrock von Assur erkennen läßt.

Die größte Lokomotive der Welt. Kürzlich wurde von einer amerikanischen Lokomotivfabrik in Schenectady an die Northern Pacific-Eisenbahn eine Lokomotive geliefert, die 37 Meter lang ist, somit dreimal so lang wie ein normaler Frachtwagen. Sie besitzt 22 Räder, der Tender zwölf, ihre Höhe beträgt fast fünf Meter. Sie wiegt, mit Kohlen und Wasser beladen, 1116000 Pfund, der Tender selbst fast 22000 Gallonen Wasser und 27 Tonnen Kohle. Sie hat eine Gesamtzugkraft von 153400 Pfund und ist für die Heizung mit einer halbtönen Kohle von geringer Heizkraft eingerichtet, von der stündlich 22½ Tonnen verbrannt werden können. Eine besondere Vorrichtung gestattet die Kohle und verteilt sie in der Feuerbüchse, die über acht Meter lang ist. Sie wird nun für den Verkehr auf einer Straße mit hohen Steigungen benutzt werden, auf der man bisher die von den benachbarten ebenen Strecken eintreffenden Züge in zwei Teile zerlegen mußte; sie wird also die Arbeit von zwei der bisherigen Lokomotiven leisten.

Rätsel der Schwerkraft

Wir wissen nicht, was die Schwere ist. Eine Weile glaubte man, es zu wissen, da kamen neue Forschungsergebnisse und die Theorie wurde refutiert. Aus den neuen Ergebnissen aber konstruierte man eine neue Lehre, nämlich die, daß es sich um Ketherwellen handle.

Der Genfer Mathematiker Lesage (1724—1803) war wohl der erste Verfechter dieser Ansicht. Wie aber jetzt nach der Theorie, daß das Licht eine Wellenbewegung sei, die Quantentheorie von Planck gegenübersteht, so gibt es auch eine Ansicht (Sahukta in Wien verfocht sie), daß die Schwerkraft nicht durch eine Strahlung, sondern durch den äußeren Druck der „Atome“ des Lichtäthers hervorgerufen werde.

Im allgemeinen pflegt man jedoch mehr zu den Strahlungs-theoretikern zu stehen. Und aus Amerika kommt jetzt eine Nachricht über Schwereversuche, die, wenn sie mit den bestehenden Theorien überhaupt erklärt werden kann, die Strahlungslehre sehr stark zu stützen scheint. Genaue Befähigung dieser Versuche muß natürlich noch abgewartet werden; sie sind aber so interessant und (wenn sie stimmen) von solcher Bedeutung, daß man sich schon jetzt ruhig einmal damit befassen kann.

Es ist bekannt, daß alle Körper in Wirklichkeit gleich schnell fallen, nämlich mit einem Geschwindigkeitszuwachs von 9,8 Metern in der Sekunde. Die scheinbaren Unterschiede in der Fallgeschwindigkeit werden lediglich durch den Luftwiderstand hervorgerufen, der verschiedenen Körper verschieden stark hemmt. Der Versuch in luftleerer Röhren überzeugt aber leicht, daß diese Unterschiede wirklich nur dem Luftwiderstand ihre Existenz verdanken.

Alle Körper fallen also gleich schnell, mit der genannten Beschleunigung. „Ausnahmen gibt es nicht!“ Sagten sowohl die Theorie als auch die praktischen experimentellen Erfahrungen.

Einem amerikanischen Physiker, Professor Charles F. Brush, ist es nun aber doch gelungen, eine Ausnahme zu finden — einen Körper, der auch in luftleeren Räumen langsamer fällt, als alle anderen.

Es handelt sich um bestimmte chemische Verbindungen, sogenannte Silikate, welche aber, darüber schweigt Brush sich noch aus. Jedenfalls experimentierte er mit solchen Silikaten und machte dabei zunächst die erstaunliche Entdeckung, daß sie stets Wärme abgaben, also stets wärmer waren als die sie umgebende Luft. Hätte es sich um radioaktive Stoffe gehandelt, so wäre die Quelle dieser Wärme-

produktion leicht erklärlich gewesen. Die Wärme hätte ihren Ursprung im Atomzerfall gehabt. Nun waren die Silikate aber nicht radioaktiv, und so konnte Brush denn keine andere Erklärung finden als die, daß sie Schwerkraftwellen verschluckten und dadurch warm wurden. War diese Vermutung richtig, so müßten entsprechende Versuche irgendwelche absonderlichen Erscheinungen zeigen.

So ging er denn an, Fallversuche anzustellen, mit hohlen Fallgewichten von gleicher Form, das eine mit den Silikaten, das andere mit Bleipulver gefüllt. Der Erfolg war überraschend. Trotz peinlichster Sorgfalt und raffiniertester Kontrolle (Erfassung der Fallhöhen, Untersuchung im luftleeren Raum und im Vakuum, Zeitlupenaufnahmen, und allen anderen Methoden zur Sicherung vor Fehlern) gab es stets das ungläubliche Ergebnis: die Fallhöhen mit den Silikaten fiel etwas langsamer als die mit dem Blei. Nicht viel, aber recht gut meßbar, wenn man mit Strichen versehene Glasplatten dahinterstellte und das ganze filmte. Als Durchschnitteresultat ergab sich eine Abweichung von 0,90 Metern von allen anderen bekannten Materialien, d. h. die Silikate zeigten nur eine Schwerebeschleunigung von 9,2 m/sec. gegen die gewohnten 9,8 m/sec.

Welche theoretischen und auch praktischen Folgen die Entdeckung haben wird, kann man nicht voraussagen; vorläufig weiß man nur, daß das Rätsel der Schwere durch Brush's Versuche noch unentwirrbarer geworden ist.

Oder kurz vor der endgültigen Lösung steht. *Willy Den.*

Rotiert unser Weltall? Aus mancherlei Anzeichen glaubte man schon früher schließen zu können, daß unser ganzes Weltall, die Milchstraße, sich in langsamer Drehung befinde. Die Feststellung dieser Tatsache ist um so schwieriger, als die Erde selbst die Lage ihrer Achse in Schwingungen von 26000 Jahren Dauer vorändert und somit keinen Fixpunkt abgibt. Nun ist es in Schweden und dort in Holland gelungen, mit Hilfe schwieriger Berechnungen die Drehungen des Weltalls in einer Zeit von 200 bis 400 Millionen Jahren wahrscheinlich zu machen. Würde die Milchstraße sich rascher drehen, so würden die ihr angehörigen Sterne durch die Zentrifugalkraft weit auseinander fliegen. Auch für den Spiralnebel M 33 im Triangulum, der der Milchstraße ähnlich, wird eine langsame Drehung angenommen.

Eine neue Papiergroßmacht.

Ein Drittel der deutschen Erzeugung. — Weitere Gewinnsteigerung.

Durch die kürzlich erfolgte Verschmelzung des größten norddeutschen Zellstoff- und Papierkonzerns, der Feldmühle A. G. in Stettin, mit der Westdeutschen Reisholz-Gruppe ist eine neue Großmacht in der Druckpapierindustrie entstanden. Schon im Jahre 1927 betrug die Jahresproduktion der Feldmühle mehr als 80 000 Tonnen Druckpapier, während der Reisholz-Konzern mit etwa 77 000 Tonnen nur wenig hinter der Feldmühle zurückstand. Durch die große Produktionssteigerung, die bei der Feldmühle im letzten Jahre infolge der Betriebsaufnahme neuer Werke durchgeführt wurde, dürfte die Gesamtproduktion der Feldmühle-Reisholz-Gruppe im letzten Jahre mindestens 180 000 Tonnen Druckpapier betragen haben, d. h. rund ein Drittel der gesamten deutschen Druckpapierproduktion.

Das Kapital, das bisher bei der Feldmühle 16,5 Millionen und bei Reisholz 6 Millionen Mark betrug, wird von der Feldmühle A. G. zur Durchführung der Verschmelzung mit Reisholz auf 26 Millionen erhöht. Damit ist der neue Feldmühle-Konzern auch dem Kapital nach das stärkste Unternehmen in der deutschen Papierindustrie und nach dem Waldhof-Konzern das zweitstärkste Unternehmen in der gesamten deutschen Holzindustrie.

Der Jahresabschluss der Feldmühle A. G. für 1928, der jetzt veröffentlicht ist, weist, wie schon in den letzten beiden Jahren wieder, bedeutende Gewinne aus. So stiegen die Betriebsüberschüsse nach Abzug sämtlicher Unkosten von 3,0 auf 3,75 Millionen und trotz wieder erhöhter Abschreibungen von 1,6 Millionen liegt der ausgewiesene Reingewinn mit 2,27 Millionen fast 40 Proz. höher als im vergangenen Jahre. Die Dividende ist, wie in den letzten beiden Jahren, auf 12 Proz. festgesetzt, erfordert jedoch für das im letzten Jahr auf 16,5 Millionen

erhöhte Aktienkapital fast 2 Millionen gegen 1,5 Millionen. — Wie die Verwaltung erklärt, ist die Rationalisierung in allen Werken so weit durchgeführt, daß nach dem heutigen Stand der Technik in dieser Beziehung nichts mehr getan werden kann. Obwohl die neu angeschafften Maschinen und die umgestellten Betriebe eine große Steigerung der Leistungsfähigkeit zur Folge hatten, konnte doch eine volle Beschäftigung sämtlicher Werke im letzten Betriebsjahr erzielt werden.

Die Verschmelzung der Reisholzwerke mit der Feldmühle stellt eine umfassende Rationalisierungsaktion auch in der Papierindustrie dar. Die beiden Gesellschaften erzeugen in der Hauptsache Druck- und Zeitungsdrukpapier, dagegen fehlt der Reisholz A. G. bisher die Zellstoffbasis, die sie jetzt durch die Fusion mit der Feldmühle erhält. Weitere Einsparungen werden von der Fusion durch die Zentralisierung der Verwaltung in Stettin durch Zusammenlegung des Einkaufs und des Betriebs erwartet. Die Gewinnaussichten der beiden schon bisher hochrentablen Unternehmungen haben sich also durch den Zusammenschluß noch wesentlich verbessert, was die etwa 4000 Mann starke Belegschaft künftig zu beachten haben wird.

In dem Kartell der deutschen Druckpapierfabrikanten wird der neue Feldmühle-Reisholz-Konzern mindestens 30 Proz. der Gesamtquote auf sich vereinigen und damit auch die Politik des Druckpapierkartells maßgebend beeinflussen. Die bisherige Politik dieses Kartells ist als höchst rücksichtslos bekannt, da die fast restlos kartellierte Druckpapierindustrie, durch hohe Einfuhrzölle geschützt, ein lückenloses Monopol im Inland besitzt und dieses zum Schaden der Papierverbraucher, besonders der Zeitungsverleger, rücksichtslos ausnützt.

Opel — General Motors.

Weitere Einzelheiten.

Die „Vossische Zeitung“ will wissen, daß in den von General Motors und Opel zu zahlenden 120 Millionen auch ein Betriebskredit von 24 Millionen für Opel stehe. General Motors erhalte von den 60 Millionen Kapital nominell 48 Millionen, wonach also die Aktien zum Kurs von 200 Prag. verkauft wären. Nicht neu ist die Feststellung der „Vossischen Zeitung“ — wir haben schon früher darüber berichtet —, daß zwischen Daimler-Benz, Adler und Opel vor dem Geschäft mit General Motors angeblich eine Einigung versucht worden wäre.

Ein Rückkaufsrecht für die übergebenen Aktien soll sich die Firma Opel nicht vorbehalten haben. Ziel General Motors glaubt, daß noch ein großer Absatzspielraum für einen verbilligten Vier-Zylinder-Opel-Wagen bestehe, man aber eine gleiche Erweiterung des Absatzes für den Sechszylinder-Chevrolet noch nicht erwarten könne, soll in Rüsselsheim der Opel-Wagen und in Borsigwalde Berlin der Chevrolet weiter fabriziert werden.

Interessant das Urteil von General Motors über Opel: „Was die Größe der Opel-Werke anbetrifft, so halten diese einen Vergleich mit den Automobilfabriken unserer Gesellschaft in Amerika aus. (General Motors produziert in einer Vielzahl von Fabriken.) Die Fabrikgebäude sind modern, die Einrichtungen genügen den letzten Ansprüchen der Gegenwart. Die Opel-Automobile selbst sind allgemein bekannt und erfreuen sich besten Rufes. In den Werken werden etwa 12 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Der Betrieb der Erzeugnisse in Deutschland und den benachbarten Staaten erfolgt durch eine straff aufgebaute und weitverzweigte Händlerorganisation.“

Die beiden Vorstehenden im Aufsichtsrat von Opel werden Wilhelm v. Opel und Frig v. Opel sein. Dazu kommen von General Motors der Chef Mr. Sloan, der Leiter des amerikanischen Karosseriefabrikanten Fisher, der Leiter des europäischen Geschäftes in London Rooney, zwei weitere Amerikaner und der Rechtsberater von General Motors Dr. Bronter-Platom. Frig v. Opel soll gleichzeitig bei General Motors Aufsichtsrat werden. In der Direktion soll neben Frig v. Opel ein Amerikaner arbeiten.

Undankbare Verbraucher!

Soziale Kohlenhändler und Sparsamkeit am rechten Fleck.

Der Berliner Kohlenhandel hat eine volkswirtschaftliche und soziale Tat vollbracht, die die undankbaren Kohlenverbraucher noch gar nicht gewürdigt haben.

Bisher scheinen die Kohlenverbraucher der irrümlischen Auffassung gewesen zu sein, die große volkswirtschaftliche und soziale Tat des Berliner Kohlenhandels habe darin bestanden, daß er den größten Teil der Berliner Bevölkerung habe frieren lassen, und daß er nicht einmal in dem Zeitpunkt imstande gewesen sei, die Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen sicherzustellen, als neue große Mengen bereits angefahren waren. Aber vom Präsidenten des Zentralverbandes der Kohlenhändler Deutschlands, Wiesinger, werden wir eines Besseren belehrt.

In einer Versammlung der Kohlenhändler ermahnte er die Kohlenverbraucher, sich einmal zu überlegen, welche volkswirtschaftliche und soziale Tat der Kohlenhandel damit geleistet hat, daß er die Preise in diesem Winter nicht erhöht hat. Zum Lohn dafür, daß die Kohlenhändler nicht imstande waren, ihre elementarste volkswirtschaftliche Funktion zu erfüllen, hätten sie also noch die Preise erhöhen sollen. Daß sie es nicht getan haben, wissen die anspruchsvollen Verbraucher ihnen gar nicht zu danken, obwohl sie doch im Winter „um jeden Preis“ im warmen Zimmer sitzen wollen. Ja, Undank ist der Welt Lohn!

Nach undankbarer als die privaten Verbraucher aber sind die staatlichen und kommunalen Behörden als Kohlenverbraucher. Die privaten Verbraucher haben über die Unfähigkeit des Kohlenhandels, sie mit Kohlen zu versorgen, geklagt, aber sich schließlich doch damit abgefunden und gehorlich gewartet, bis die Kohlenhändler gerubtet, sie wieder zu versorgen — nachdem übrigens die ürgste Kälte gebrochen war. Die Behörden aber haben schon seit langem ihre Kohlenversorgung in die eigene Hand genommen und damit bedeutende Kostenersparnisse erzielt. Nun werden wir aber von Herrn Wiesinger darüber belehrt, daß das Sparsamkeit am falschen Fleck sei.

Wermutswort! Von allen Seiten fallen heute die „Wirtschaftsführer“ über den Staat her, werfen ihm Verschwendung vor und schreien nach Sparsamkeit im öffentlichen Haushalt. Wenn aber Behörden durch rationelle Deckung ihres Bedarfs Ersparnisse erzielen, ohne die Erfüllung wichtiger Staatsaufgaben in Frage zu stellen, dann erklären diese selben Führer das als eine Gefährdung wichtiger Funktionen der privaten Wirtschaft und als Sparsamkeit am falschen Fleck!

Wo ist nun der richtige Fleck? Man sieht, es ist sehr schwer, es den Herren der Privatwirtschaft recht zu machen. Arme Verbraucher! Armer Staat! Fröhlicher Volkswirt.

Nachwort der Redaktion: Die vom „Fröhlichen Volkswirt“ zitierten Äußerungen in der Versammlung der Kohlenhändler wurden von heftigen Angriffen auf die Kohlenzwangswirtschaft begleitet, die natürlich an allen Uebeln schuld sei. Es wurde mit Rücksicht auf die Notwendigkeit gesteigerter Lagerhaltung des Kohlenhandels eine entsprechende Preiserhöhung gefordert. Dahin müssen wir die Kritik des „Fröhlichen Volkswirt“ ergänzen. Wir wollen aber auch auf das bekannte Gutachten der Schmalenbach-Kommission über den Braunkohlenbergbau hinweisen, wo ausgeführt wurde, daß „die heutigen Leistungen des Kleinhandels ganz wesentlich verbilligt werden könnten“ und wo die Ersparnismöglichkeit im Berliner Kohlenhandel auf 4 M. je Tonne beziffert wurde.

Die Arbeitslosigkeit in Brandenburg.

In der Woche zum 9. März fiel die Zahl der Arbeitssuchenden um 196 auf 308 337, d. h. 0,05 Proz. gegenüber einer Zunahme von 496 gleich 0,12 Proz. in der Vorwoche. Innerhalb des Landesarbeitsamtes Brandenburg verteilten sich die Arbeitssuchenden auf Berlin mit 247 008, auf die Provinz Brandenburg mit 135 983 und auf die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 15 346 Personen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung betrug 191 768, in der Krisenunterstützung 20 379, in der Sonderfürsorge 103 157, zusammen 315 304 Personen. Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 125 716, auf die Provinz Brandenburg 61 343, auf die Grenzmark Posen-Westpreußen 4709. Für die Krisenunterstützung betragen die gleichen Zahlen für Berlin 17 252, Brandenburg 3018, Grenzmark 109. In der Sonderunterstützung entfielen auf Berlin 32 693, auf Brandenburg 61 437, auf die Grenzmark 9027 Unterstützungsempfänger.

Staatsgelder für zweifelhafte Fusion?

Notprogramm und Schleswiger Fleischfabriken.

Zur Förderung des Fleischabfahres sind aus dem landwirtschaftlichen Notprogramm eine Million Mark verbilligte und vom Reich garantierte Kredite nach Schleswig-Holstein gegangen, wo in Schleswig auf der staatlichen Geldgrundlage die Bauernhand A. G. errichtet wurde. Jetzt wird gemeldet, daß zwei andere Schleswiger Fabriken, nämlich die Fleischwarenfabrik Gebrüder Rasch A. G. und die Nahrungsmittelwerke A. G. vormals Wilhelmssen u. Co. mit der Bauernhand A. G. fusioniert werden sollen.

Wir haben den Stand dieser beiden letzteren Unternehmungen festzustellen versucht und gesehen, daß die Gebrüder Rasch A. G. mit einem Kapital von 450 000 Mark in den Jahren 1926 und 1927 je 4 Proz. Dividende verteilt haben und daß die Nahrungsmittelwerke A. G. mit einem Kapital von 500 000 Mark bis einschließend des Jahres 1926 ohne Dividende geblieben ist. Die Nahrungsmittelwerke A. G. ist übrigens von der Gebrüder Rasch A. G. aufgekauft worden, als bekannt wurde, daß der Betrieb der ersteren von der Bauernhand A. G. als Firma des Notprogramms vorgezogen war. Auf der anderen Seite hat die Bauernhand A. G. jetzt von beiden Unternehmungen ein größeres Aktienpaket erworben, offenbar aus Kontrollgründen.

Es mag ganz zweckmäßig sein, daß man in Schleswig-Holstein keine neue Fabrik gründet. Aber es muß doch merkwürdig berühren, daß jetzt offenbar die Kredite zwei Unternehmungen zugeführt werden, die beide zusammen noch kein Kapital in Höhe des Kredits haben und überdies nicht rentabel genannt werden können. Hier liegt offenbar eine Befehle für das den Kredit garantierende Reich vor. Das Reich wird sich also sehr schnell darum kümmern müssen, daß die Kreditverwendung in einer vernünftigen Weise erfolgt, um nicht aus den billigeren Krediten eine Subvention werden zu lassen, die unter Umständen dem Steuerzahler schadet und der Landwirtschaft keinen Nutzen bringt.

Sparen durch rationelles Bauen.

Die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen (RWG.), ein 1927 gegründetes Institut, dem auch vom Reich ein Zuschuß von 10 Millionen bewilligt wurde, hat einen Bericht über ihre bisherige Tätigkeit und ihre künftigen Pläne veröffentlicht.

Die Aufgabe des Instituts ist, alle Möglichkeiten technischer Verbesserungen und rationellerer Wirtschaft im Bau- und Wohnungswesen wissenschaftlich und praktisch zu untersuchen. Die Ersparnismöglichkeiten im Wohnungsbau sind ganz bedeutend, denn bei einem Aufwand von drei Milliarden für 300 000 Wohnungen im Jahr könnten bei nur 20prozentiger Senkung der Baukosten rund 600 Millionen gespart werden. Diese mögliche Kostenreduktion, die von Fachleuten noch höher als 20 Proz. geschätzt wird, käme natürlich in erster Linie den Verbrauchern durch Verbilligung der Mieten, bessere Ausstattung der Wohnungen zugute.

Die Arbeiten zur Reichsversuchsfeldung in Spandau-Hafelhorst werden noch im Laufe dieses Jahres in Angriff genommen. Die in Laboratorien, Prüfungsämtern und wissenschaftlichen Instituten durch Untersuchungen gewonnenen Erfahrungen werden der gesamten Baubauwelt auf der Technischen Tagung am 15. bis 17. April in Berlin vorgelegt.

Europäisches Schienentartell verlängert.

Noch vor wenigen Monaten war das Schicksal der Erma, wie das Europäische Schienentartell kurz genannt wird, ungewiß. Auch auf der letzten Tagung in Paris war es nicht möglich gewesen, die scharfen Differenzen, die zwischen den englischen Mitgliedern auf der einen Seite und den deutschen, französischen und belgischen Mitgliedern auf der anderen Seite entstanden waren, zu beseitigen. Die hauptsächlichsten Gegenstände lagen in der ständigen Ueberschreitung der Quoten durch die Engländer und in der ungenauen Fassung der Strafbestimmungen für die Mitglieder, deren Lieferungen die festgesetzte Quote überstiegen.

Auf der jetzt beendeten Brüsseler Tagung ist es nun gelungen, diese Differenzen zum größten Teil zu beseitigen und den am 31. März ablaufenden Vertrag des Europäischen Schienentartells auf sechs Jahre bis zum März 1935 zu verlängern. Die Zugeständnisse, welche die bisher ziemlich hartnäckigen Engländer den übrigen Mitgliedern gemacht haben, sind recht bedeutend. Zunächst ist der Strafmaß für Quotenüberschreitung von 12½ auf 20 Schilling heraufgesetzt worden, dessen Erhöhung hauptsächlich die Engländer trifft, und ferner haben sie auf das Recht der Alleinbelieferung für englische Randgebiete verzichtet. Dagegen bleibt den Engländern das Lieferungsmonopol für die britischen Kronkolonien weiterhin vorbehalten. Den deutschen Mitgliedern wurde die schon seit längerem beantragte KonzeSSION gemacht, daß ihre Quote künftig durch Reparationslieferungen nicht mehr belastet wird.

Kartellpolitik und Profite.

Die Glashütten durch übermäßige Kartellpreise verdienen.

Die Glas- und Spiegelmanufaktur A. G. in Bessentirchen-Schalke hat ihre erst 1927 von 10 auf 15 Proz. heraufgesetzte Dividende für 1928 auf 16 Proz. erhöht. Damit hat die Gesellschaft ihre Aktionärgewinne seit 1924 rund verdoppelt.

Die Dividende von 16 Proz., die bei 3,6 Millionen Mark Aktienkapital rund 576 000 Mark beansprucht, stellt dabei noch nicht einmal die Hälfte des ausgewiesenen Reingewinnes von 1,18 Millionen dar, so daß dieses Unternehmen glatt 33 Proz. Dividende hätte verteilen können.

Wie ungesund die Preise der durch und durch kartellierten Spiegelglasindustrie sind, geht aus der Bemerkung des Geschäftsberichts hervor, daß die Gesellschaft mit ihren vorhandenen Betriebsanlagen ohne weiteres die doppelte Menge von dem fabrizieren könnte, was ihr nach den Bestimmungen der Spiegelglas-Konvention erlaubt sei. Die von dem Kartell festgesetzten Preise sind also so hochgeschraubt, daß diese Gesellschaft bei nur 50prozentiger Ausnützung ihrer Leistungsfähigkeit, Rekorddividenden zahlen und dazu noch hohe Gewinnrückstellungen vornehmen kann.

Preussische Wohnungsbauanleihe aufgeschoben

Im Jahre 1927 hatte die preussische Regierung die Ermächtigung zur Begebung einer Wohnungsbauanleihe in Höhe von 80 Millionen erhalten. Davon sind bisher erst 24 Millionen Mark begeben worden. Angesichts des übrigen hohen staatlichen Anleihebedarfs und der begrenzten Anleihemöglichkeiten glaubt die Regierung, auf die Begebung von weiteren Teilen der Anleihe zurzeit verzichten zu müssen. Es soll jedoch durch die Erweiterung der Zinsenzuschüsse und Bürgschaftsverbindungen in besonderen Fällen den Gemeinden und Gemeindeverbänden gestattet werden, in verstärktem Umfange den freien Kapitalmarkt zur Streckung der Hauszinssteuermittel, soweit es möglich ist, zu beanspruchen.

Sie husten ja so schwer. Achten Sie rechtzeitig auf alle Anzeichen, damit sich kein chronischer oder Bronchialkatarrh entwickeln kann. Täglich mehrmals 15—20 Tropfen von den echten Reichels Hustentropfen, die bei Heiserkeit, Schleimanhäufung, Raueheit und Trockenheit im Halse rasch auflösend und reizstillend wirken. Zu haben in Apotheken und Drogerien, aber echt nur mit „M a r k e R e i c h e l“

Fordern Sie Behandlung mit

Homöopathie

und in Apotheken



Madaus

die wirksamen Originalabfüllungen

Das Reich und seine Beamten.

Genossin Bohm-Schuch für die Gleichberechtigung der Frau. — Misstrauensantrag gegen Severing abgelehnt.

Der Reichstag beriet am Montag in zweiter Lesung das Baurechtsgesetz.

Abg. Lipinski (Soz.): Ein Antrag der Wirtschaftspartei verlangt, daß die privaten Bauunternehmen mindestens zur Hälfte an den Zwischenschritten beteiligt werden, die nach der Vorlage 250 Millionen betragen sollen. Dieser Antrag wird eine schwere Schädigung des privaten Baugewerbes bedeuten, das jetzt einen weit größeren Anteil an den Zwischenschritten hat. Wir werden diesen Antrag ablehnen. Wir beantragen dagegen, im § 1 nach den Worten „Deutsche Bau- und Bodenaktiengesellschaft Berlin“ so fortzuführen:

„Bürgschaften insoweit zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag der jeweils bestehenden Bürgschaftsverpflichtungen den Gegenwert von 250 Millionen Mark nicht übersteigt.“

Abg. Lude (Wp.): Das private Baugewerbe ist jetzt nicht in großem Umfang an den Zwischenschritten beteiligt, sondern vielmehr die sogenannten gemeinnützigen Bauunternehmungen, vor allem die Sozialen Baustätten. Diese Vorlage ist nur eine Verewigung der Zwangswirtschaft in verschleierter Form. Wir beantragen, dem § 2 am Schluß anzufügen: „Unter der Berücksichtigung, daß die privaten Bauunternehmen — auch Handwerkerbaugenossenschaften — mindestens zur Hälfte an den Zwischenschritten beteiligt werden.“

Reichsarbeitsminister Bissell:

Den vom Vordredner gegen das Arbeitsministerium gerichteten Vorwurf der Unehrlichkeit weise ich mit aller Entschiedenheit zurück. (Beifall) Ich will nicht umgekehrt sagen, daß der Antrag der Wirtschaftspartei auf Unehrlichkeit beruht. Er beruht aber auf völliger Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Tatsächlich sind an den Zwischenschritten beteiligt worden 27,9 Proz. gemeinnützige Gesellschaften und 60,3 Proz. private Unternehmer. Der Antrag der Wirtschaftspartei würde also den Anteil des privaten Baugewerbes herabsetzen!

Abg. Steiniger (Dn.): beantragt, das private Baugewerbe in unzulässig großem Umfang an den Zwischenschritten zu beteiligen.

Abg. Frau Hertwig-Bünger (D. Sp.): stimmt diesem Antrage zu.

Abg. Hülsen (Komm.): Die Wirtschaftspartei will gar nicht den sozialen Hausbesitz fördern, sondern das spekulative Baukapital. Der Wohnungsbau muß Sache der Gemeinden sein. Gegen Bauunternehmer, die die Mieter um die Baukostenzuschüsse pressen, müßte energisch vorgegangen werden.

Abg. Lipinski (Soz.):

Das Reich gibt überhaupt nur Bürgschaftskredite, der Kredit selbst muß von den Banken erhoben werden. Bevor aber das Reich den Zwischenschritten gewährt, muß durch genaue Prüfung die Finanzierung des Bauvorhabens als vollkommen gesichert festgestellt sein. Wie man da von Korruption und Unehrlichkeit reden kann, ist unersichtlich. Gerade Herr Lude hat schon im vorigen Jahr den gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbau befürwortet durch seinen Antrag, den Bauunternehmern für die Errichtung von Wohnungen Hauszinssteuererhöhung ohne Anspruch auf Rückzahlung und außerdem ein Kapital zu gewähren. Das ist doch das Eingeständnis, daß Privatunternehmer heute preiswerte Wohnungen überhaupt nicht zu bauen imstande sind. Um so demagogischer ist der Antrag der Wirtschaftspartei, der im übrigen nur die große Unwissenheit des Herrn Lude beweist.

Nach weiterer Debatte wird § 1 mit dem Antrag Lipinski, der auch von anderen Parteien unterstützt wird, angenommen. Der Antrag der Wirtschaftspartei wird abgelehnt, der Antrag Steiniger angenommen und in dieser Form das Gesetz verabschiedet.

Es folgt die zweite und dritte Beratung des

Nachtragsetats,

in Verbindung damit der Anträge Stöcker (Komm.) über Wiederaufnahme der Arbeiterlohnverhandlungen in den Reichsbetrieben und Steigerwald (Soz.) über Änderung der Personalabbaugesetzgebung. Der Ausschuh hat die in der Vorlage enthaltene Anleiheermächtigung um 250 Millionen erhöht, die für die Arbeitslosenversicherung verwendet werden sollen. Im übrigen handelt der Nachtragsetat von Personalangelegenheiten.

Abg. Steintopf (Soz.)

führt als Berichterstatter u. a. aus: Genehmigt wurden lediglich diejenigen Stellenumwandlungen, die der Reichstag selbst in den Entschlüssen bei der Verabschiedung des Besoldungsgesetzes vom 16. Dezember 1927 gefordert hat. Gestrichen wurden die angeforderten Mittel für die Erhöhung der Ministerialzulagen sowie für die Erhöhung oder Neueinführung von Aufwandsgeldern für die Reichsminister, Staatssekretäre, Präsidenten der Landesfinanzämter usw. Der Haushaltsauschuh stimmte der Reichsregierung darin zu, daß

der Schlechtfeststellung der Reichsbeamten gegenüber den preußischen Beamten für die Dauer nicht angeht,

er war aber weiter der Ansicht, daß der jetzige Augenblick der denkbar ungeeignetste ist, um eine Gleichstellung — und nur der Ministerialbeamten — herbeizuführen. Gestrichen wurden auch die zur Durchführung der Ministerialverfassung angeforderten Stellen. Die Reichsanträge erklären sich daraus, daß durch den Abbruch von angeforderten Beamtenstellen eine Anzahl Beamte und Angestellte nach bei den Titeln 3 und 4 verbleiben und diese Titel natürlich entsprechend erhöht werden mußten. Ueber den Einfluß des Nachtragsetats hinaus ist nur im Haushalt des Reichswehrministeriums der

Fürsorgefonds für erwerbslos entlassene Soldaten um 40 000 Mark auf 80 000 Mark erhöht

worden, damit denjenigen Mannschaften, die aus dem Heere vorzeitig und ohne Ansprüche ausscheiden müssen, dasselbe zubilligt werden kann, was die Arbeitslosenversicherung den Arbeitslosen gewöhnlich zubilligt. Unter den gegebenen möglichen Verhältnissen hat die Auffüllung des Reichswasserföhres und seine Aufrechterhaltung als Reichsleistung keinen Zweck mehr. Weder im Interesse der Aufgaben des Reichswasserföhres noch im Interesse seiner Beamten.

Durch die Abstriche des Ausschusses tritt gegenüber der Regierungsvorlage eine

Minderausgabe von zusammen 9 296 000 Mark

ein, der eine Mehrausgabe von 973 000 M. gegenübersteht, so daß eine Ersparnis von insgesamt 8 323 000 M. verbleibt.

Abg. Frau Leusch (Soz.) begründet ein vom Zentrum eingebrachtes Initiativgesetz, durch das die Bestimmung der Personalabbauperordnung über die Kündigung weiblicher Beamten, die sonst am 31. März 1929 außer Kraft treten würde, bis zum Inkrafttreten des neuen Beamtengesetzes verlängert werden soll. Diese Bestimmung ist zwar verbesserungsbedürftig, aber ihr Fortfall in dieser Zeit würde verhängnisvoll nicht nur für die betroffenen Frauen, sondern für den gesamten Arbeitsmarkt sein.

Abg. Frau Bohm-Schuch (Soz.):

Die politische Entwicklung hat eine frühere Verabschiedung dieses Nachtragsetats verhindert. Durch diese Verzögerung ist viel Berärgerung entstanden. Jeder objektiv denkende Beamte muß zugeben, daß die neue Regierung sehr viele und große Sorgen hat, die sie nicht zu den Beamtenfragen kommen lassen. Die Verzögerung ist aber auch zu böswilligen Mißdeutungen ausgenutzt worden, so wurde das Gerücht verbreitet, daß die Beamtengehälter gekürzt werden würden, und daß die Reichskasse zu wenig Geld habe, um die Gehälter zum 1. April auszusahlen.

Die Verbreitung solcher Gerüchte muß das Ansehen der Beamten verringern, das auf dem Vertrauen des Volkes zu seinen Beamten beruht.

Die Verbreitung solcher Falschmeldungen ist unverantwortlich, ja vaterlandslos. (Zuruf rechts: Haben Sie denn Vaterlandsliebe? — Abg. Seppel (Soz.): Unerschämter Lummel! Ordnungsruf.) Wenn gerechtfertigte Wünsche der Beamten nicht erfüllt werden könnten, so war das die notwendige Folge der Besoldungsordnung. Leider ist die Finanzlage so, daß nur das Notwendigste getan werden kann. Besonders bedauerlich ist, daß sogar Reichstagsentschlüssen, die ein festes Versprechen bedeuten, nicht ausgeführt werden können. Vor allem sollte wenigstens der gute Wille gezeigt und ein Anfang damit gemacht werden,

die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Frau durch Ueberführung weiblicher Angestellten in das Beamtenverhältnis zu verwirklichen.

Das wird nun erst beim Etat für 1929 geschehen können. Es handelt sich hier einfach darum, die Verfassungsbestimmung zu erfüllen. Wir denken nicht daran, zu erwarten, daß die physische Gleichstellung herbeigeführt wird. Wir wollen keine Männer werden, wir wollen Frauen bleiben, nicht nur in unserer Persönlichkeit, sondern auch in unserem Wesen, aber wir wollen gleiche Bewertung unserer Arbeitskraft. Wird sie verlagert, so wird das für die betreffenden Parteien die aller schwersten Folgen haben. (Sehr richtig links.) Hoffentlich wird der Ausschuh zu einem einmütigen Beschluß nach dieser Richtung kommen. Gerade die Lehrerin, die selbst Kinder hat, ist zweifellos die geeignetste zur Kindererziehung, während sie heute aus dem Dienst scheiden muß. Keine Frau, die Kinder hat, wird zum Bergnügen Erwerbsarbeit verrichten. Sie tut es nur aus wirtschaftlicher Notwendigkeit. Natürlich wäre es ihr viel lieber, ihren Beruf weiter auszuüben, der ein Stück ihrer Persönlichkeit geworden ist und den sie ausfüllt. Diese Möglichkeit wünschen wir der Frau zu geben. (Zustimmung links.)

Ueber die Bewertung von Mehrarbeit besteht keine Meinungsverschiedenheit, aber es wäre unerträglich, wenn bei 2,5 Millionen Arbeitslosen den Beamten für manche Dienstleistungen besondere Vergütungen gezahlt würden. Dasselbe gilt für die Ministerialzulagen. Wenn an allen Ecken gespart werden muß, sind auch hier Ersparungen notwendig und muß

das ganze gesellschaftliche Leben überhaupt auf einen einfacheren Niveau gebracht werden.

(Sehr wahr! links.) Wir bedauern, daß in dieser Frage ein Gegensatz zwischen dem Reich und Preußen vorhanden ist. Auf die Dauer wäre das unerträglich. Es liegt daran, daß in Preußen die Besoldungsordnung mit ihren Konsequenzen viel schneller Geseh geworden ist als im Reich. Wir richten die dringende Bitte an die preußische Regierung, möglichst zu einer Angleichung zu kommen. Es ist auch politisch unerträglich, daß die Reichsbeamten geringere Bezüge haben sollen als die preußischen. Und auch die weitere Verschiedenheit gegenüber den anderen Ländern ist nicht geeignet, dem Einheitsgedanken des deutschen Volkes zu nützen. (Sehr wahr! links.)

Zum Antrag der Kommunisten ist zu bemerken, daß übermorgen die Lohnverhandlungen bei der Reichspost weitergehen.

Die Löhne der Reichsarbeiter sind ungeheuer knapp und reichen kaum zum Leben aus.

Einer Statistik der Gewerkschaften ist zu entnehmen, daß sehr viele Reichsarbeiter Wochenlöhne von 30 bis 35 Mark verdienen. Was müssen das für Reden- und Hungertüftler sein, die mit einem solchen Lohn sich und ihre Familie durchbringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir hoffen und wünschen, daß die Lohnverhandlungen zu einem guten Ende geführt werden, denn die Lebenslage dieser Arbeiter kann eine bedeutende Besserung sehr gut vertragen.

Durch die eingangs erwähnten Gerüchte muß natürlich auch das Verhältnis zwischen Beamtenschaft und Volksvertretung gefährdet werden. Es wird der Ansicht hervorgerufen, als ob das Parlament nicht genügendes Interesse für die Beamten hätte. Das Ergebnis ist schließlich, daß sowohl das Parlament wie die Beamtenschaft in der Bevölkerung an Popularität verlieren. Das ist ein ungesunder Zustand. Der Staat kann nicht leben ohne ein fest zu ihm stehendes Beamtentum, das seine Pflicht treu erfüllt. Der Beamtentörper beharrt aber auch des Vertrauens des gesamten Volkes, und das gilt ebenso für das Parlament. Ohne dieses Vertrauen ist es überhaupt nicht möglich, den Staat fortzuführen.

Wirklich gegenseitige Arbeit ist nur möglich, wenn Volk, Beamtentum und Parlament sich gegenseitig besser verstehen

als jetzt, sich gegenseitig vertrauen, um gemeinsam das Ganze vorwärts zu bringen. Dieses Vertrauen wieder herzustellen, ist unsere große politische Aufgabe. Es sollen nicht auf der einen Seite übermäßige Wünsche hochgezogen, aber auch das Einfache nicht erfüllt werden können, und auf der anderen Seite soll die geistliche Volksvertretung nicht durch politische Treibereien in den Augen des Volkes herabgesetzt werden.

Meine Partei wird alles tun, um das Vertrauen zwischen Volk und Parlament, zwischen Parlament und Beamtentum zu stärken, und wir hoffen, damit eine Entwicklung anzubahnen, die auch in so schweren Notzeiten wie der gegenwärtigen zu einem festesten Vertrauensverhältnis beiträgt.

(Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schmidt-Stettin (Dn.): Der Reichsfinanzminister hat durch die Verzögerung des Nachtragsetats verschuldet, daß die Beamten viel später die Aufbesserungen erhalten. Der sozialdemokratische Allgemeine Deutsche Beamtentag, der ständig Protestaktionen gegen die frühere Rechtsregierung veranstaltete, ist jetzt sehr friedlich und sein Führer Falkenberg ein zahmes Lämmchen geworden.

Abg. Torgler (Komm.): Die Deutschnationalen haben als Regierungspartei den Beamten ebensowenig ihre Wahlversprechungen erfüllt wie jetzt die Sozialdemokraten. Trotz der Notzeit hat der sozialdemokratische Finanzminister freiwillig auf die Ministerialzulagen nicht verzichtet. Lohnforderungen der Arbeiter bezeichnet die preußische Regierung als unzeitgemäß, aber gegen hohe Ministerialzulagen hat sie nichts.

Die Beratung wird unterbrochen und die Abstimmung über den Misstrauensantrag der Nationalsozialisten und der Christlichnationalen Bawerpartei gegen den Reichsinnenminister eingeleitet.

Abg. Stöcker (Komm.): Da die Begründung dieses Antrages von kommunistischen Mordkatern spricht und noch stärkere Unterdrückung unserer Partei fordert, wir aber gegen den Minister Misstrauen haben, weil er den Faschismus fördert (Heiterkeit), enthalten wir uns der Stimme.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag mit 229 gegen 69 Stimmen der Antragsteller und Deutschnationalen bei 51 Enthaltungen abgelehnt.

Die Beratung des Nachtragsetats wird fortgesetzt.

Abg. Bernhard (Dem.) tritt sehr entschieden für die Gleichstellung der weiblichen Beamten mit ihren männlichen Kollegen in Anstellungsverhältnis ein. Die vom Ausschuh nach dieser Richtung vorgeschlagene Entschlüssen genüge nicht, man lasse immer Entschlüssen, wenn man sich nicht entschließen könne. (Lebhafte Beifall links.)

Um 16 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 3 Uhr vertagt.

...jede Tasse
Kathreiner
ist „eine Tasse
Gesundheit“
- sagt man...

Wer mit verwöhntem Gaumen probt
Und immer nur das Beste lobt -
Er bleibt nur einer Marke hold:
DER KENNER SCHWÖRT AUF
Preußengold!
5 1/2 Edel - Cigarette | Phänomen

